

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilh. Meyerhoff. Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Mühlgr. 3, Bernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Mühlgr. 3, Bernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 941.

Prünumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Buchhändlern 2.25 inkl. Postgeb. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die 10-spaltige Zeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restamtteil Zeile 50 Pf. Post-Belegkarte Seite 42.

Nr. 137.

Magdeburg, Mittwoch den 16. Juni 1909.

20. Jahrgang.

Die Steuervorschläge der Regierung.

Es hat etwas lange gedauert, bis die Ersatzvorschläge der Regierung, die der Reichskanzler vor Ostern für die „nächsten Tage“ angekündigt hatte, das Licht der Welt erblickten. Nun liegen sie endlich dem wieder zusammengetretenen Reichstag vor, und der Streit um die Reichsfinanzreform tritt damit voraussichtlich in sein letztes Stadium.

Allerdings wird man sich normalerweise darauf gefaßt machen müssen, daß bis zur endgültigen Entscheidung noch einige Zeit vergehen wird. In vierzehn Tagen, wie es die Konservativen wollen, wird das Geschäft nicht zu erledigen sein, wenn sein Abschluß nicht zum öffentlichen Skandal werden soll. Nicht nur, daß die in der Kommission bereits erledigten Entwürfe zum Teil zur Entscheidung noch gar nicht reif sind; jetzt liegen uns auch noch neue Steuervorschläge der Regierung vor, deren Ertrag auf 140 Millionen geschätzt wird. Man kann aus prinzipiellen Gründen schnell sein in der Verwerfung solcher Vorschläge, man kann aber nicht ebenso rasch entschlossen sein in ihrer Annahme. Vielmehr werden die Parteien, die überhaupt daran denken, die Vorschläge der Regierung zu akzeptieren, wofür sie sich nicht dem Vorwurf unerhörter Leichtfertigkeit aussetzen wollen, die Entwürfe erst gründlich prüfen müssen.

Gewiß, die Frage der Finanzreform ist alt, aber die Vorschläge der Regierung sind neu, und die Gesetzgebung eines großen Reiches kann nicht nach dem Grundgesetz arbeiten: Dreimal täglich frische Semmeln.

Unter den Vorschlägen der Regierung ist nur einer, dessen Schicksal heute schon entschieden zu sein scheint, und das ist bezweifelnderweise die lange spannungsvoll erwartete Erbschaftsteuer. Sie wird voraussichtlich abgelehnt werden, weil die Konservativen für sie nicht zu haben sind. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt sie für „unannehmbar“. Die „Kreuzzeitung“ nennt sie eine „verlorne Sache“ und zeigt sich höchlichst befriedigt, daß von ihr nicht mehr als von einer „Conditio sine qua non“, einer unerlässlichen Bedingung der ganzen Reform die Rede ist. Die Konservativen rechnen also bestimmt damit, daß die Erbschaftsteuer eingescharrt und die Reichsfinanzreform ohne sie gemacht wird. Es ist auch außerordentlich fraglich, ob der Entwurf in der Gestalt, die er jetzt unter den Händen der Regierung angenommen hat, ein besseres Schicksal verdient.

Das Prinzip der Nachlasssteuer, wonach das ganze ungeteilte Erbe, sofern es den Wert von 20 000 Mark übersteigt, der Besteuerung unterliegen sollte, ist aufgegeben. An seine Stelle tritt eine außerordentlich niedrige Besteuerung der einzelnen Erbansätze an die Ehegatten und Kinder beginnend bei einer Höhe des Erbansatzes von 10 000 Mark und einer Höhe des Gesamtnachlasses von 20 000 Mark. Zugleich werden aber alle Vergünstigungen für den ländlichen Grundbesitz, die der Nachlasssteuerentwurf enthielt, aufrechterhalten.

Eine weitere Erleichterung der Steuerlasten für die besitzenden Klassen wird gewährt, indem — national-liberalen Wünschen entsprechend — die Freilassung des Gattenerbes in beerbter Ehe vorgeschlagen wird. Wenn ein Mann seiner Frau oder eine Frau ihrem Mann ein Vermögen hinterläßt, so soll dieses nur besteuert werden, wenn die Ehe kinderlos geblieben ist. Sind Kinder vorhanden, wird die Steuer erst erhoben, wenn sie nach dem verwitweten Erbteil das Erbe antreten. Es ist klar, daß auf diese Weise große Steuereinnahmen verloren gehen. Wären die vorgesehenen Steuerätze sehr hoch, dann könnte man allenfalls zugeben, daß eine gewisse Härte darin liegt, wenn von einer Erbschaft vielleicht binnen sehr kurzer Zeit zweimal Steuer gezahlt werden soll: einmal beim Tode des einen Gatten von dem überlebenden, und das andre Mal beim Tode des Witwers oder der Witwe von den Kindern. Ausländische Gesetzgebungen mit hohen Steuerätzen verfügen, daß die Erbschaft in der direkten Linie nicht besteuert werden soll, wenn binnen einer bestimmten Maximalfrist doppelter Erbübergang eintritt. Der Entwurf der Regierung geht darüber weit hinaus, obwohl seine Steuerätze hinter denen des Auslandes so weit zurückbleiben, daß die doppelte Besteuerung binnen kurzer Zeit noch nicht an den Satz heraustritt, der anderswo bei einmaligem Erbübergang zu bezahlen ist.

Während man die breiten Massen mit Skorpionen züchtigt — „über die Arbeiterfrage wird man hinweg kommen“, tröstete Herr Sydow bei der Beratung der Tabaksteuer —, weiß man sich gar nicht genug zu tun in zarter Rücksichtnahme auf die Interessen der besitzenden Klassen!

Nicht genug damit! Eine weitere ganz ungeheuerliche Vergünstigung wird den reichen Erben gewährt, indem der bewegliche Besitz, soweit er nicht in Kapitalien, insbesondere in Wertpapieren besteht, aus der Besteuerung völlig ausscheidet. Also Geschmeide aller Art, Brillantdiademe, Perlenkollern, Edelmetall und Edelgestein, das als Schmuck und Hausgerät dient, kostbares altes Geschirr, das oft unbezahlbar wertvolle Mobiliaralter Herrenhäuser und Schlösser — das alles soll steuerfrei bleiben, um ein „nicht leicht zu ertragendes Eindringen der Steuerbehörde in die Familienverhältnisse“ zu vermeiden. Man besteuert das Glas Bier und die Tasse Kaffee, die Pfeife Tabak und die Schachtel Streichhölzer, aber man nimmt die beweglichen Reichtümer, die nicht zinstragend angelegt sind, die nutzlos rostenden nur dem Luxus einer reichen Familie dienenden Wertgegenstände von der Besteuerung aus!

Das Reichschatkamt berechnet den Ertrag dieser Erbschaftsteuer auf 68 Millionen Mark, wovon 13 Millionen Mark an die Einzelstaaten abzuführen wären, 55 Millionen Mark dem Reiche verbleiben sollen. Dreißig Millionen von der „unerlässlichen Bedingung“ hat man sich also jetzt schon abhandeln lassen; 38 Millionen Mark sollte die fallen gelassene Nachlasssteuer bringen. Vermutlich aber ist der Ausfall viel größer, der zu erwartende Steuerertrag viel kleiner, als man jetzt zugeben will.

An die Erbschaftsteuer schließen sich zwei weitere Gesetze und Gesetze, aus denen man hier ein paar Millionen, dort ein paar Millionen herauszurichten gedenkt. Sie treffen die Feuerversicherung von Objekten über 5000 Mark, die Effekten in Form einer Erhöhung der Zinssteuer, die Wechsel, die länger als 3 Monate laufen, und schließlich den Umsatz in Grundstücken. Diese Steuervorschläge werden noch näher zu betrachten sein.

Aber schon jetzt steht so viel fest, daß eine raffiniertere Verhöhnung der Liberalen und des neuen Hansjand des sich überhaupt nicht denken läßt. Jeder dieser Vorschläge bietet für sich betrachtet geradezu das Musterbeispiel einer Steuer, wie sie nach liberalen Grundsätzen nicht sein soll. Es ist höchst auffällig, daß man im Zirkus Schumann sich fast ausschließlich mit den Steuern beschäftigt hat, die die Regierung ablehnt, nicht aber mit jenen, die die Regierung wirklich haben will, und die zum Teil wirklich eine sehr schwere Belastung des Geschäftsverkehrs mit sich bringen müssen.

Für den Liberalismus im Reichstag bedeuten diese Vorschläge des Bloßkanzlers geradezu eine Kriegserklärung, und konnte man die liberalen Gelder der parlamentarischen Arena nicht längst allzu gut, so könnte man fast darauf gespannt sein, wie sie eine solche Herausforderung aufnehmen. —

Städtetag.

In Rötzen, einem sauberen anhaltischen Städtchen mit 24 000 Einwohnern, fand der diesjährige Städtetag der Provinz Sachsen und Anhalt statt. Auf ihm sind die Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern vertreten. Magistrate und Stadtverordneten-Versammlungen haben zahlreich delegiert. Auch unsere Partei ist durch vier Delegierte, die Zerbst, Köslau, Rötzen und Magdeburg stellten, vertreten.

Bis vor kurzem konnte man in Rötzen eine große Zahl russischer Studenten antreffen. Dann aber machte sich die russische Polizei dazwischen und steckte Spindel unter die Studentenschaft, die ihr edles Handwerk auch hier mit gewohnter Schmutzigkeit ausübten, und die hiesige Polizei war den Russen willig. Ausweisungen folgten, und heute ist die russische Studentenschaft auf einige traurige Reste zusammengeschmolzen. Die Despotie hat gesiegt.

Das war der bittere Zusatz zu den banalen Begrüßungsreden, der aber wohl nur wenigen zum Bewußtsein kam. Rötzen liegt in einer sehr fruchtbaren Ebene mit überaus reichen Grundbesitzern und recht armen Leuten, deren Leben der Anhalter Wäsche in seinen Wäscheleber Dorfgeschichten beschrieben hat.

Keht man nach Jahrzehnten in eine Stadt zurück, so drängen die alten Erinnerungen mit Gewalt ans Licht. Hier war's, wo ich zum erstenmal die Annehmlichkeiten eines Gefängnisses zu kosten bekam, weil ich gegen die Heiligkeit alter hannoverscher Polizeigesetze verstoßen haben sollte. Hier war ich vor langer Zeit einer der Gründer des Arbeiter-Bildungsvereins. Verschwunden und verfloren. Es ist anders und besser geworden.

Doch zurück zum Städtetag. Die eigentliche Tagung dauerte 5½ Stunden. Darin wurden neben den Begrüßungsreden fünf Referate mit anschließender Debatte und die geschäftlichen Dinge, wie Vorstandswahl, allerlei Mitteilungen usw. erledigt. Und dabei waren die Verhandlungsgegenstände aktuell und interessant. Es hätte wirklich nichts geschadet, wenn den Beratungen einige Stunden mehr und dem Beimerk einige Stunden weniger zugeteilt worden wären. Denn daß bei dieser Gast so manche wertvolle Ergänzung der Referate unterbleiben mußte, war vorauszu-sehen. Damit wollen wir den Referenten nicht zu nahe treten, die zum Teil wirklich Gutes brachten und mit Ausnahme des Stadtrats Guttsche (Erfurt) auch klar und verständlich sprachen. Der Magdeburger Oberbürgermeister leitete die Verhandlungen mit einer Klage über die schweren Gefahren ein, die den Städten durch die Gesetzgebung und Regierung drohen. Der Oberpräsident antwortete darauf, daß die Lage allerdings für die Städte schwierig sei. Diese hätten aber so Außerordentliches geleistet, daß wir stolz darauf sein könnten. Daher werde auch der Landesherren dafür sorgen, daß die Städte zu ihrem Rechte kämen.

Sodann besprach Erster Bürgermeister Gerhardt (Halberstadt) den Scheck- und Ueberweisungsverkehr bei städtischen Kassen. Die außerordentlichen hohen Diskontsätze der Reichsbank hätten schwere Schädigungen des wirtschaftlichen Lebens gebracht, unter denen auch die Städte zu leiden hätten. Schon darum, weil sie ihre Anleihen nicht begeben konnten. Den Grund dafür sieht er zum großen Teile darin, daß der Bedarf an barem Gelde bei uns viel zu groß sei. Es mangle an Bargeld. Dieses lasse sich durch den Scheck und durch Ueberweisungsverkehr sehr wohl erzielen. In der Reichsstadt ist jetzt

* Rötzen, 15. Juni. Die Magdeburger Zeitung schreibt: „In der Reichsstadt ist jetzt der Scheck- und Ueberweisungsverkehr sehr wohl möglich. Redner verlangt ausgedehnteste Benutzung des Scheck- und Ueberweisungsverkehrs, von der er eine Freiwerdung von mehreren tausend Millionen Mark Bargeld erwartet, die nun zu andern Zwecken verwendet werden könnten. Heimarus (Magdeburg) bekämpft die postalische Bestimmung, wonach bei mehr als 600 Buchungen im Jahre die Post für jede weitere Buchung 7 Pfennig erhebe. Das sei geradezu eine Bestrafung des größeren Verkehrs und eine große Belastung der Städte. Eine vom Absender zu erhebende Freimarkte könne dem Uebel steuern.“

Stadtrat Scholz (Magdeburg) sprach sodann über die Erleichterung des Realcredits für Hausgrundstücke in Städten. Er fordert die Errichtung von Pfandbriefämtern, die bebauten Grundstücke beleihen sollen. Die Sache ist so gedacht, daß die Stadt ein Pfandbriefamt errichtet, also mit ihren Mitteln sich dahinter stellt, und dieses nun Pfandbriefe ausgibt, um Geld herbeizuschaffen. Davon werden dann Darlehen auf bebauten Grundstücke für mäßigen Zins gegeben. So will man auf die Lösung der Wohnungsfrage hinwirken. Redner überreicht einen von ihm entworfenen Plan für die Errichtung der Pfandbriefämter, der Ermittlung des Beleihungswertes und des Schätzungsamts, das unentbehrlich sei.

Nunmehr sprach Professor v. Drigalski (Halle a. S.) über die Aufgaben der Kommunalhygiene. Diese sei heute ein besonderer Zweig der Wissenschaft geworden. Zu verlangen sei ein besonderes Organ der öffentlichen Gesundheitspflege. Der Kreisarzt genüge nicht. Wasserreinigung, Abwässerung, Abfallbeseitigung, Straßenpflasterung, Nahrungsmittelkontrolle wie die Milchhygiene seien sehr wichtige Angelegenheiten. Ein neues chemisches Mittel ermögliche die Erkennung von Pferdefleisch; es werde eine Waffe sein gegen die Betrügerei des Publikums. Redner spricht sich für Verjüngung der Städte mit Grundwasser aus. Eine einzige Epidemie koste mehr Gut als die kostspieligste Anlage. Quellwasser sei weniger gut. Die Detmolder hätten böse Erfahrungen damit gemacht. Ebenso Paris, das teilweise Quellwasserreinigung hat. Bei Kläranlagen sei die biologische Vorzuziehen. Diese sei aber sehr teuer und daran scheitere oft ihre Ausführbarkeit. In Kassel habe man eine mechanische Kläranlage, die auch gute Resultate liefere. Eine ausführbare Desinfektion des Trinkwassers habe man nicht. Man solle durch Abkochen die größten Gefahren beseitigen. Für Straßenpflaster sei Asphalt am besten. Licht und Luft in die Wohnungen bringen, sei die wirksamste Seuchenbekämpfung. Die Tuberkeln sterben, wenn man sie der Bestrahlung durch die Sonne aussetzt. Blutarmer, rachitische Kinder kommen aus elenden Wohnungen. Man solle die Kranken kommen. Die Genesenden seien Träger von Infektionskrankheiten. Der Mensch sei für den Menschen die größte Gefahr. Redner bespricht die Säuglingsfürsorge. Ein Fünftel aller Geborenen sterben im Säuglingsalter. Daran sei

Wohnung und Nahrung schuld. Hier müsse die Kommu- n... einsehen. Die Milchschulen hätten Frisch gemacht. Das dafür aufgewendete Geld solle man für Stillbehilfen aufwenden; diese Unterstützung „Prämie“ zu nennen, habe für ihn einen unmoralischen Beigeschmack. An absolut stillunfähige Mütter, deren Zahl gering sei, müßte Milch gegeben werden. Aber nur an diese. Durch freiwillige Helfer sei das zu kontrollieren. In Halle seien unter seiner Leitung 50 Helfer tätig. Fürsorge kann nur geschaffen werden, wenn man in die Wohnungen hineingeht. Die Schulhygiene sei nicht minder wichtig. Fort mit dem Staub von den Schulhöfen! Durch den preussischen Ministerialerlass sei manches erreicht; er sei sehr wohl durchführbar. Die erschreckend hohe Zahl zahntanker Schulkinder habe die Aufmerksamkeit erweckt. Inwiefern dadurch gesundheitliche Schädigungen herbeigeführt seien, wisse man noch nicht. Die Fürsorge für Krüppel müsse sich vor allem auf ihre Heilung erstrecken. Man solle Kranke nicht nur heilen, sondern auch vor fernerer Erkrankung bewahren. Sexuelle Aufklärung durch Lehrer den Schülern zu vermitteln, halte er für bedenklich. Dazu seien pädagogisch vorgebildete Ärzte erforderlich. Diese könnten ev. auch schon an Vierzehnjährige Belehrungen erteilen. Auf dem Gebiete der Kommunalhygiene hänge der Erfolg von der Kleinarbeit ab. Man müsse eben von Haus zu Haus laufen, dann sei der Erfolg sicher.

In der Debatte meinte der Magdeburger Oberbürgermeister, daß die Bemühungen auf dem Gebiete der Säuglingsfürsorge sich doch in der Verminderung der Todesfälle hätten zeigen müssen. Das sei leider nicht der Fall. Genosse Heimz verwies demgegenüber darauf, daß auch der Gesundheitszustand der Lebenden in Betracht zu ziehen sei. Die Bekämpfung der Wohnungsnot sei wichtig, aber leider seien hier private Interessen siegreicher als unsere Bemühungen. Daher müsse man den Opfern dieser Zustände Hilfe bringen. Der Potsdamer Regierungspräsident habe den Gemeinden die Errichtung eines Gesundheitsbeirats empfohlen. Damit solle man überall Ernst machen. Geeignete Personen seien zu finden. Er habe keinen Zweifel, daß die Stillbehilfen manche arme Mutter befähigten, ihrem Kinde die beste Nahrung — Muttermilch — zu geben. Die Gelder, die für die Kommunalhygiene ausgegeben würden, seien aufs Beste verwendet.

Einige Verwaltungsjuristen besprachen die Nahrungsmittelämter.

Darauf hält Stadtrat Gutjahn einen Vortrag über die Reform des höheren Mädchenschulwesens in Preußen. Der Redner spricht eilig und schlecht. Als ob eine Steinbrechmaschine ihre holprige Arbeit verrichte, so kommen die Sätze heraus. Wir können uns ein Eingehen auf seine Rede sparen. Viel hat wohl niemand von seinem Vortrag profitiert.

Stadtrat Sahm sprach kurz und verständlich über die Reichsersatz...

In schönen Lichtfarben... und bemerkte, die Antragsteller hätten einfach die Kölner Bestimmungen abgeschrieben und wollten nun ein Reichsgesetz daraus machen. Die Gemeinden können aber keine der bisherigen Steuerquellen entbehren. Darum müsse der Städtetag sich energisch gegen diesen steuertech- nischen Unfug der Rumpfkommision wehren. Eine Dis- kussion wurde abgelehnt. Der Städtetag wird im Sinne des Referenten beim Reichstag vorstellig werden.

Es folgten Mitteilungen. Der bisherige Vorstand, darunter der ehemalige Oberbürgermeister Schneider, wird wiedergewählt. Der nächste Städtetag findet in Zeitz statt.

Alles in allem: Die Tagesordnung war geschickt zu- sammengestellt, die Referate mit einer Ausnahme gut; aber die Zeit zu kurz und des Weimerz, wie Begrüßungs- abend, Festessen u. dergl., zuviel. Mehr Zeit für die De- batte!

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 15. Juni 1909.

Durchsichtigen!

Ueber den Arbeitsplan des Reichstags berichtet die Echo-Press: Der Seniorentouren des Reichstags wird am Dienstag Dispositionen über die Geschäftslage treffen. Die Steuervorlagen sollen erst in einer Generaldebatte nochmals besprochen werden, da die Finanzkommission dem Plenum vollständig neue Vorlagen mit ganz geringen Ausnahmen unterbreitet. Im Seniorentouren soll der Vorschlag gemacht werden, in der laufenden Woche die Sitzungen bereits um 12 Uhr mittags beginnen zu lassen, da Kommissionen kaum noch arbeiten werden, dagegen in der nächsten Woche, wenn die Finanzkommission tagen wird, die Sitzungen um 1 Uhr beginnen zu lassen.

Nach einer allgemeinen Debatte von 4 Tagen glaubt man die Einzeldebatten für jede Vorlage auf etwa 1 1/2 Tage ansetzen zu können, so daß die zweite Lesung aller Steuer- vorlagen, auch der neuen Ertragsteuern am 3. Juli erledigt sein und die dritte Lesung sich sofort anschließen könnte.

Die Beratung der Besoldungsvorlage dürfte in 2 bis 3 Tagen erledigt werden, so daß etwa am 10. Juli die Verlesung des Reichstags auf den Herbst erfolgen könnte.

Prozeß gegen Philipp Eulenburg?

Angeblich soll bald gegen den Fürsten Philipp verhandelt werden. Das Kammergericht hat wenigstens, wie in den Berliner Blättern zu lesen ist, den Beginn der außer- ordentlichen Schwurgerichtsperiode, in der wegen Meineides und Verurteilung zum Meineide verhandelt werden soll, auf den 5. Juli festgesetzt. Zum Vorsitzenden ist Land- gerichtsdirektor Kanow ernannt worden. Die Anklage der Schwormänner hat fünfgejunden.

Zugleich wird von der Justizverwaltung eine zusammen- hängende Darstellung über die Maßnahmen gegeben, die in letzter Zeit gegen den Fürsten Eulenburg ergriffen wurden. In diesem Communiqué heißt es:

Nach der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht, die nach 19tägiger Dauer am 17. Juli v. J. abgebrochen werden mußte, erforderte die Staatsanwaltschaft von dem Geheimen Medizinalrat Professor Dr. Kraus und dem Medizinalrat Dr. Störmer ein Gutachten über die Frage, ob und wann vor- ausichtlich der Angeklagte verhandlungs- und haftfähig sein werde. Auf Grund des am 14. September v. J. eingegangenen Gutachtens, das die Verhandlungsfähigkeit für absehbare Zeit verneinte und gegen die Ueberführung ins Unter- suchungsgefängnis Bedenken äußerte, hob das Landgericht 1, Strafkammer 7 durch Beschluß vom 22. September v. J. den Haftbefehl auf, weil der Eintritt der Verhandlungsfähigkeit bei Haftfortdauer überhaupt nicht zu erwarten sei, bei Fort- dauer der Haft aber mit einer nahen Lebensgefahr zu rechnen sei und Verdunkelungsgefahr nicht mehr bestehe. Der Ange- klagte mußte darauf sofort aus der Haft entlassen werden. Die Staatsanwaltschaft legte gegen diesen Beschluß Beschwerde ein, weil angeichts der immerhin bestehenden Möglichkeit der Flucht in ein Land, das wegen Meinoids nicht aus- liefert, die Haftentlassung nicht von der Leistung einer Sicherheit abhängig gemacht worden war. Das Kammergericht gab dieser Beschwerde statt und ordnete durch Beschluß vom 25. September v. J. an, daß der Angeklagte nur gegen eine Sicherheit von 100 000 Mark mit der Untersuchungshaft zu verurteilen sei; das Gericht ging davon aus, daß der Angeklagte im allgemeinen transportfähig sei, daß mit einer Verhinderung seines Zustandes unter den günstigen Bedingungen gerechnet werden müsse und dann die Möglichkeit gegeben sei, den Aufenthalt ins Ausland zu verlegen. Diese Sicherheit von 100 000 Mark wurde geleistet.

Nachdem die obengenannten Sachverständigen in ihrem Gutachten vom 5. Dezember vorigen Jahres erklärt hatten, der Angeklagte sei nicht verhandlungsfähig, und es sei nicht möglich, anzugeben, wann die Verhandlungsfähigkeit eintreten werde, ersuchte die Staatsanwaltschaft am 16. Dezember v. J. das königliche Medizinalkollegium der Provinz Brandenburg um Erstattung eines Gutachtens über dieselbe Frage. Das am 5. Februar d. J. erstattete Ober- gutachten sprach sich gleichfalls dahin aus, daß in ab- sehbbarer Zeit mit einer Verhandlungsfähigkeit nicht zu rechnen sei. Darauf beantragte die Staatsanwaltschaft am 23. Februar d. J., daß dieselbe Frage der Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen vorgelegt wurde.

Vor deren Gutachten bei der Staatsanwaltschaft einging, trat der Angeklagte am 22. Mai d. J. die Reise nach Bad Gastein an, ohne vorher eine Anzeige erstattet oder die Genehmigung an zuständiger Stelle nachgesucht zu haben. Hiermit war eine neue Tatsache gegeben. Die Staats- anwaltschaft beantragte infolgedessen die Erhöhung der Sicherheit auf 200 000 Mark und erhob, nachdem das Land- gericht den Antrag abgelehnt hatte, Beschwerde, in welcher die Erhöhung der Sicherheit auf 500 000 Mark angeregt wurde. Während die Akten dem Kammergericht vorlagen, ging am 3. Juni das Gutachten der Wissenschaftlichen Deputation ein, um dessen jahrelange Ueberlegung gebeten worden war. Da sich das Gutachten dahin ausdrückte, daß mit Wahrschein- lichkeit anzunehmen sei, daß der Angeklagte im Sinne der Frage verhandlungsfähig, da den Ausführungen auch zu entnehmen war, daß der Angeklagte haftfähig sei, wurde das Gutachten in die Beschwerdebekämpfung mit der Anregung weitergegeben, zu erwägen, ob nicht in erster Linie die be- dingungslose Verhaftung geboten sei. In der Zwischenzeit war die Beobachtung des Angeklagten auf seiner Reise und in

keine eigene... an, daß der Angeklagte nur dann mit der Untersuchungshaft zu verurteilen sei, wenn er binnen einer Woche nach Zustellung des Beschlusses die Sicherheit auf 500 000 Mark erhöhte. Diese Erhöhung der Sicherheit ist mit dem durch die eigenmächtige Auslandsreise betundenen Verhalten des An- geklagten und den in dem Gutachten der Wissenschaftlichen Deputation getroffenen Feststellungen, also zwei neu hervor- getretenen Umständen, begründet. Dieser Beschluß ist dem mit Zustellungsvollmacht versehenen Verteidiger, Justizrat Bronker, am 5. Juni zugehellt und auch dem Angeklagten selbst bekanntigt worden. Die in dem Beschluß gefetzte Frist lief daher mit dem 12. Juni ab. Der Angeklagte trat hierauf seine Rückreise an, während der er weiter unter polizeilicher Beobachtung stand.

Nach seiner Rückkehr stellte der Verteidiger unter gleich- zeitiger Einzahlung weiterer 100 000 Mark und unter Berufung auf die durch die Rückkehr veränderte Beschlage beim Land- gericht 1 den Antrag, es bei dem früheren Beschluß des Kammer- gerichtes vom 25. September v. J. zu belassen. Dies Verlangen wurde, dem Antrag der Staatsanwaltschaft entsprechend, durch Beschluß des Landgerichtes vom 12. Juni abgelehnt. Vor Ab- lauf der Frist, noch am Abend des 12. Juni, wurde Sicherheit für die noch verbleibenden 300 000 Mark geleistet. Wäre dies nicht geschehen, so wäre am Vormittag des 13. Juni die Verhaftung des Angeklagten erfolgt, für die bereits alles vorbereitet war. Jetzt bleibt der Angeklagte, da er die Bedingungen des Be- schlusses des Kammergerichtes vom 4. Juni erfüllt hat, auf jenem Fuße.

Wer hiernach annehmen sollte, daß es am 5. Juli wirk- lich zur Verhandlung kommen sollte, verdiente wegen seiner Vertrauenslosigkeit öffentlich ausgestellt zu werden. Philh wird jetzt von Tag zu Tag kranker, immer kränker werden, so daß weder im Juli noch im Herbst, noch zu einem andern Termin verhandelt werden wird, denn keinesfalls soll mit der Verhandlung begonnen werden, wenn die geringste Mög- lichkeit besteht, daß doch wieder eine Vertagung eintreten müßte.

Diese Möglichkeit besteht immer. Folglich wird nie verhandelt werden.

Das fällige Komplott.

Herr Clémenceau ist nachgerade von ermüdender Ein- tätigkeit in seiner Regierungsmethode. Da er sich nicht populär zu machen versteht, spielt er sich als den Mann mit der starken Faust auf, der die kapitalistische Gesellschaft von den Komplotten der Anarchisten und — Kataklysmen errettet. Das kostet ihn sehr wenig. Solange es Geheimfonds und politische Polizei gibt, so lange werden auch die Komplotte und anarchistischen Attentate nicht aufhören.

Herr Clémenceau war kaum in seinem Ministeressel warm geworden, als er schon ein international-anarchistisches Komplott arrangierte. Das war vor dem 1. Mai 1908. Auf Grund eines polemischen Zeitungsartikels — ein weiteres Beweismittel besaß er nicht, wie er später in der Kammer eingestand — ließ er die bekanntesten Gewerkschaftsführer und einen päpstlichen Grafen verhaften. Sie waren angeklagt, gemeinsam am 1. Mai die Verfassungspublik unzulässig zu wollen. Die Stunde war nicht gegeben.

Dieser himmelsstürzende Blödsinn, verstärkt durch 60 000 in Paris konzentrierte Soldaten, verfehlte seine Wirkung auf die berängstigten Spießer nicht. Man sagte sich: „Es ist doch ein verfluchter Kerl, der Clémenceau. Er geniert sich nicht, selbst seine besten Freunde von gestern ins Loch zu stecken. Man sieht doch, daß er keine Angst vor den Anarchisten hat.“

Und mit einem Schlage war Clémenceaus Glück gemacht. Seitdem hat er den Trid unzähligmal wiederholt und jedesmal bersting er. Jaures sagte sehr treffend in der Kammer, daß das Ministerium Clémenceau den widernatürlichen Kontrast der Zer- setzung und der Unvergänglichkeit bilde. Und das ist gar nicht so merkwürdig. Das Ministerium Clémenceau ist einfach ein Polizeiministerium, Clémenceau hat sich ja selbst den ersten Schussmann Frankreichs genannt, und wie die Polizei lebt er von der Verwesung.

Also haben wir jetzt wieder ein Komplott. In Paris sind 23 Hausdurchsuchungen vorgenommen worden. Man hat bei Ger- vaisegehensucht (natürlich!), bei den zwei genialen Zeichnern Grandjovan und Desannot, bei dem Genossen und Gerbästen Robert, bei einem anarchistischen Versammlungsredner, bei einigen Gewerkschaftlern, Schuhmachern, Goldarbeitern und Handelsange- stellten, und bei noch einigen uns unbekanntem Leuten. Sie sind alle zusammen verdächtig — Telegraphendrähte durch- schnitten zu haben. Bei einem hat man auch wirklich anti- militaristische und rojalistische Zeitungen und Broschüren gefunden. Also wieder ein anarchistisch-royalistisches Komplott. Der Grund dieses Komplottes ist folgender: Herr Clémenceau hat sich festerlich verpflichtet und es im Parlament wiederholt erklärt, daß er die gemäßigten Sozialisten nicht amnestieren werde. Er weiß aber auch, daß die Abgeordneten auf die Dauer den Amnestieanträgen nicht widerstehen werden, besonders vor dem 14. Juli. Deshalb ließ er Telegraphendrähte durchschneiden, was natürlich auch nur die Gemäßigten getan haben konnten, und entdeckte jetzt das fällige Komplott. Es wäre Zeit, daß ihm etwas Neues einfiele.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 15. Juni 1909.

Lage des deutschen Arbeitsmarktes.

AC. Nachdem von Mai 1907 ab bis zum April dieses Jahres der Andrang auf dem deutschen Arbeitsmarkt von Monat zu Monat stets stärker gewesen ist als im jeweiligen Monat des Vorjahres, ist mit dem Monat Mai des laufenden Jahres eine beachtenswerte Wendung eingetreten: zum erstenmal seit zwei Jahren bleibt der Andrang niedriger als im Vorjahr.

Nach im April kamen auf 100 offene Stellen an den Arbeits- nachweiser, die an die Berichterstattung des „Arbeitsmarktes“ angeschlossen sind, 147,4 Arbeitsuchende gegen 140,8 im Jahre 1908; im Mai waren es dagegen 151,1 gegen 156,3 im Vorjahr. Der Andrang ist um 5,2 Prozent niedriger als im Mai vorigen Jahres. Daß von April auf Mai eine Zunahme des Andrangs eingetreten ist, beeinträchtigt diese Wendung nicht im geringsten, da es sich hierbei um eine alljährlich im Mai wiederkehrende Erscheinung handelt, die in guten wie in schlechten Jahren zu beobachten ist.

Im Arbeitsmarkt für männliche Löhner läßt sich noch immer ein großes Ueberangebot, aber doch zeigt sich gerade hier ausschließlich die Erholung gegenüber dem Vorjahr: auf 100 offene Stellen kamen 187,33 Arbeitsuchende gegen 195,22 im Mai 1908. Auf dem Arbeitsmarkt für weibliche nahm der Andrang gegenüber dem Vorjahr sogar etwas zu. Um 100 offene Stellen bewarben sich 90,97 Arbeitsuchende gegen 89,02 im Vorjahr. Das Kontingent der Arbeitsuchenden hat relativ stärker zugenommen als die Zahl der offenen Stellen.

Die erfreuliche Wendung in der Lage des Arbeitsmarktes ist zwar in den meisten Landesteilen zu beobachten, aber doch nicht in allen. Einige Gebiete, und darunter hochindustrielle, weisen auch im Mai dieses Jahres noch ein höheres Ueberangebot auf als vor Jahresfrist. Von diesen Gebieten mit stärkerem An- drang ist an erster Stelle die Rheinprovinz zu nennen, wo infolge der Ungunst im Kohlenbergbau und zum Teil auch im Eisen- gewerbe der Arbeitsmarkt noch schwer zu leiden hat. Für die Provinz Sachsen und die thüringischen Staaten stellte sich der Andrang im Mai auf 117,53 gegen 150,33 im Vor- jahr. Abgenommen hat auch im Vergleich zum Vorjahr der Andrang in Hannover einschließlich Braunschweig und in Schleswig-Holstein von 200,00 auf 162,70.

Ob die Besserung, die im Mai eingetreten ist, nun auch schon anhalten wird, ist nicht vorauszusagen. Erfahrungen aus früheren Jahren lehren, daß Rückschläge vorkommen. So brachte z. B. das Jahr 1902 die erste Besserung gegenüber dem Vorjahr im September, aber schon der November brachte wieder einen wenn auch schwachen Rückschlag. Absolut genommen ist auch der Andrang im Mai noch reichlich hoch, was bei der Fest- stellung der erfreulichen Wendung, die den Prozeß der Erholung ersichtlich macht, nicht übersehen werden darf. Seit 1896 stand der Andrang im Mai nur in 2 Jahren noch höher als 1909, nämlich 1902 und 1908. Im Jahre 1901 stand er auf 145,9 und 1903 auf 146,3, also beidemal etwas niedriger als im laufen- den Jahr.

Über alle diese Vorbehalte ändern nichts an der Wichtigkeit des Waiseffekts, das die Andrangsturve unter den Stand des Vorjahres hinabgedrückt hat.

— Sozialdemokratischer Verein. Achtung, Distrikts- kassierer! Da der Kassenericht bis spätestens den 15. Juli in den Händen des Parteivorstandes in Berlin sein muß, muß der Kassenschluß des Sozialdemokratischen Vereins bereits Anfang Juli erfolgen. Die Distriktskassierer werden deshalb ersucht, die bis Ende Juni fälligen Beiträge pünktlich zu kassieren und bis zum 3. Juli mit ihren Bezirkskassierern zu verrechnen.

— Sozialdemokratischer Verein. Die Versammlung des Bezirks Neue Neustadt eröffnete Genosse Bethge mit der Mit- teilung von dem Ableben des Reichs- und Landtagsabgeordneten Gen. Goldstein (Dresden), zu dessen Ehren sich die Genossen von ihren Sigen erhoben. Dann erhebt Genosse Holzappel das Wort zu jenem außerordentlich instruktiven Vortrag „Religion und Sozial- demokratie“, welcher in der Aufforderung an die Genossen ausging, daß diejenigen, welche mit der Kirche schon längst innerlich gebrochen, dies nun auch äußerlich zu tun hätten; in der sich hieran schließenden Diskussion wird von verschiedenen Genossen auf die Vorgänge betun

Aus der Parteibewegung.

Zum Ableben Hermann Goldsteins schreibt die „Dresdner Volkszeitung“: „Ein alter, bewährter Streiter der Sozialdemokratie ist nicht mehr. Im Oktober 1908 schon riß ein Schlaganfall unsern Freund und Genossen aus seiner reichen und vielseitigen Wirkenssphäre im sächsischen Landtag. Witten in den rastlos betriebenen Vorbereitungen für die Beratung der Volksschulgesetzreform, die die Petitions-Deputation, der er angehörte, damals gerade in Angriff genommen hatte, freudig ein Werkstück auf den Krankenlager. Wohl schien er sich wieder etwas erholt zu haben, so daß die Ueberführung in ein Sanatorium, wo er völlige Genesung erwartete, möglich wurde. Sein scheinbar gutes körperliches Befinden war aber trügerischer Schein. Seit Monaten stand nach ärztlichem Gutachten fest, daß unser alter Freund unheilbarem Siechtum verfallen, daß der wackere Kämpfer mit dem sprühenden Temperament, der am liebsten da stand, wo der Kampf am lebhaftesten war, den Rest seines Lebens im Krankenspital werde verbringen müssen. Unter so traurigen Umständen war der Tod eine Erlösung. Aus ärmlichsten Verhältnissen heraus hat sich Goldstein vom Lausburschen mühsam emporgearbeitet. Durch Besuch von Sonntags- und Abend-schulen rang er sich zum Kaufmann durch. Schon als zwanzigjähriger beschäftigte er sich lebhaft mit wissenschaftlichen Dingen. Die freireligiöse Bewegung, die vor 35 Jahren in Dresden recht lebhaft war, zog ihn in ihren Kreis. Bald war er Redner in den Versammlungen dieser Vereinigung und Mitarbeiter ihrer Zeitschriften. Von hier aus fand er leicht und bald den Anschluß an die Arbeiterbewegung. Der alte Arbeiterbildungsverein war sein erstes Tätigkeitsgebiet. Hier belebte er die Diskussionen mit seinem Wissen und seinem Witz. Bald stand er selbst als Vortragender auf dem Podium. Und nun beginnt eine reiche vielseitige Goldsteins für die Arbeiter, ihre hohen Ziele und ihre aufstrebende Bewegung.“

Als nach dem Fall des Sozialistengesetzes Webel, der damals auch Landtagsabgeordneter war, von Sachsen nach Berlin verzog, wurde auf seinen Vorschlag hin Genosse Goldstein der Nachfolger Webels in der Vertretung des Wahlkreises Leipzig-Land im Landtag. Inzwischen war er nach Zwickau übergesiedelt, um die Redaktion des „Sächsischen Volksblatts“ zu übernehmen. Im Jahre 1903 sandten ihn die Genossen aus dem Wahlkreis Stolberg-Schneeberg in den Reichstag. Auf den Höhepunkt seines Wirkens führte ihn 1905 ein unerwarteter Sieg bei den Landtagswahlen im 37. sächsischen Wahlkreis. Als einziger Sozialdemokrat im sächsischen Dreiklassenparlament kam er in eine schwierige Situation, die eine Unmenge Arbeit mit sich brachte und eine gründliche Kenntnis der sächsischen Verhältnisse, sowie Redegewandtheit und Schlagfertigkeit voraussetzte. Alles das brachte Genosse Goldstein mit. Er hat unter den schwierigsten Verhältnissen mit Erfolg seinen Mann gestanden. Vielleicht hat diese aufreibende und oft aufregende Tätigkeit seine Gesundheit untergraben oder doch die schleichende Krankheit so gefördert, daß ihn schon im Herbst des Lebens ein jäher Ausbruch für immer aus seinem vielseitigen Wirken riß und ihn zum Siechtum brachte. Zu früh hat ihn der Tod die Waffen aus der Hand geschlagen. Uns aber, die wir an seiner Waise stehen, muß es ein Trost sein, daß ein reiches Leben abgeschloffen wurde, daß sein Wirken und Kämpfen schöne Erfolge gezeitigt, daß er Samen ausgestreut hat, der jetzt schon die schönsten Früchte gezeitigt. Er war einer der Besten von denen, die in den schlimmsten Stürmen ausgehalten, die unsre Partei unter den ärgsten Verfolgungen vorwärts gebracht haben. Das werden ihm die Genossen immer dankbar Hermann Goldsteins Nachfolger sein, wenn man die Besten unsrer Partei aufruft.“

Die Straßburger Genossen über die Reichsfinanzreform. Der Sozialdemokratische Verein Straßburg-Stadt nahm am Freitagabend zur Reichsfinanzreform Stellung. Nach einem Referat des Genossen Reichstagsabgeordneten Böhle wurde gegen vier Stimmen eine Resolution angenommen, in der gesagt wird, die Reichstagsfraktion möge für eine Erbschafts- oder Erbanfallsteuer stimmen, sofern sie eine erhebliche Belastung des Vermögens mit sich bringe. Das sei die folgerichtige Konsequenz der Abstimmung der sozialdemokratischen Fraktion gelegentlich der Steuervorlagen im Jahre 1906. Eine Ablehnung auch Erbschaftsteuer hält die Versammlung dann für geboten, wenn von ihr eine Auflösung des Reichstags abhängt, damit die Steuerangelegenheit dann in den Wahlen vor das Volk kommt.

Die Revolutionsfeier in Kirchheimbolanden. Zu einer großen Demonstration gestaltete sich die 60 jährige Gedenkfeier für die im heldenmütigen Kampfe gegen die preussischen Truppen am 14. Juni 1849 gefallenen 17 pfälzischen und rheinheffischen Freischärler. Aus allen größeren Städten der Pfalz und Rheinheffen: Mainz, Kaiserlautern, Ludwigshafen usw. hatten die sozialdemokratischen Organisationen Kranzspenden entsandt. Genosse Bloß (Stuttgart) hielt am Denkmal der Gefallenen die Gedächtnisrede. Das Denkmal selbst war mit den beiden Freischärlerfiguren geschmückt. Die Kranzspenden hatten sämtlich rote Schleifen mit entsprechenden Widmungen, die unbeanstandet niedergelegt wurden. Eine nach der sozialdemokratischen Ehreung von den Demokraten arrangierte Gedächtnisfeier, bei welcher Professor D u i d d e die Gedächtnisrede hielt, wies nur eine schwache Beteiligung auf.

500 Mark Geldstrafe wegen Fabrikantenbeleidigung! Am Mittwoch hatte sich der verantwortliche Redakteur der „Märkischen Volksstimme“ zum erstenmal während seiner Tätigkeit in Kottbus vor dem Schöffengericht zu verantworten. Er sollte einen Färbereibesitzer in Forst durch eine Notiz beleidigt haben, in der mit scharfen Worten gerügt worden war, daß dieser einen Arbeiter geschlagen hatte. Nun war dabei aber dem Gewährsmann ein Irrtum untergelaufen: Der Färbereibesitzer hatte nicht einen beliebigen Arbeiter, sondern seinen eignen, aber auch bei ihm beschäftigten Sohn geschlagen. Das war auch berichtigt worden. Trotzdem ließ der Färbereibesitzer zum Kadi und ließ seine Klage durch einen Rechtsanwalt vortragen. Redakteur Wendenmuth erhob die Einwände, daß sein Gewährsmann bis dahin immer zuverlässig gewesen sei, daß auch in diesem Falle keine Ursache vorgelegt habe, die Angaben zu bezweifeln; daß auch ein solcher Irrtum leicht möglich und entschuldigbar sei; daß er auch die Notiz in der gedruckten Form nicht durchgelassen hätte, wenn er nicht um die fragliche Zeit wegen des Fehlens eines Kollegen mit Arbeit überlastet gewesen wäre. Es half alles nichts. Das Urteil lautete auf nicht weniger als fünf hundert Mark Geldstrafe! Die Beleidigung sei schwer und sogar frivol, der Artikelsschreiber habe bei einem Vorfall gleich verallgemeinert und was sonst noch zur Begründung vorgebracht wurde.

Sozialistische Literatur für Blinde. Im Anschluß an den Blindenkongreß in Dresden fanden sich am Abend des 4. Juni in einem Zimmer des Dresdner Volkshauses sozialistisch gesinnte Blinde aus allen Teilen Deutschlands zusammen, um über Mittel und Wege zu beraten, durch planmäßige Propaganda in den Kreisen der Blinden für unsre Weltanschauung zu wirken. Die gepflogenen Debatten zeigten volle Uebereinstimmung darüber, daß es vor allem notwendig sei, geeignete Agitationsliteratur in die Hände der Blinde zu übermitteln, um so das erforderliche Material zu beschaffen. Die Beratungen führten zu dem Beschluß: Es ist die Gründung einer Zeitschrift, zur Pflege und Vertiefung sozialistischer Weltanschauung unter den Blinden ins Werk zu setzen. Die Zeitschrift wird in brailleischem Punkt-druck hergestellt und erscheint vorläufig vierteljährlich einmal. Es wurde ein fünfgliedriger Ausschuß gewählt, der die nötigen Vorarbeiten, wie die Aufbringung der erforderlichen Mittel, in die Wege zu leiten hat.

Eine blutige Maitfeier. Das Volksbüro versahnte unmittelbar nach dem 1. Mai Depeschen, wonach in Buenos Aires bei der Maitfeier Unruhen ausgebrochen und Zufassungen mit der Polizei erfolgt sein sollten. Jetzt liegen deutliche sudamerikanische Blätter vor, die eingehend über diese Fälle berichten. Danach handelt es sich um einen mörderischen Mordfall friedlicher Demonstranten durch Polizeischüsse. Die „Germania“ von Sao Paulo schreibt:

In ganz unerhörter Weise sind von den Polizeibehörden der Hauptstadt die Festlichkeiten gestört worden, welche die Arbeiter am 1. Mai zu veranstalten gedachten. Am Nachmittag formierte sich in aller Ordnung in der Avenida de Mayo ein Zug. An der Spitze sah man eine Anzahl rote Fahnen. Es bestand die Absicht, nach dem Maggini-Platz zu marschieren und einer Volksversammlung beizuwohnen, welche von den Anarchisten angeleitet war. Kaum hatte sich der Zug in Bewegung gesetzt, als ein Schutzmann — man hatte einen gewaltigen Polizeiparappat aufgebaut — ohne jeglichen Grund den Säbel zog und auf einen der Manifestanten unarmherzig einschlug. Letzterer reagierte natür-

lich, es konnte aber noch nicht festgestellt werden, ob er, wie offiziell behauptet wird, geschossen hat. Ein Arbeiter machte seinem Unwillen über die barbarische Szene durch den Ausruf: „Nieder mit der Polizei!“ Luft, was das Signal zu einem Angriff der Soldateska auf das wehrlose Volk gab. Der Mann, der den Ausruf getan, wurde auf der Stelle erschossen und gleichzeitig eine Salve auf den Zug abgegeben. Es sollen dabei über 400 Schüsse gefallen sein. Es folgten noch mehrere Salven. „Das Blutbad war fürchterlich. Obgleich die bürgerlichen Blätter die Sache als ziemlich harmlos hinzustellen versuchten, sind über 100 Personen verwundet und acht getötet worden. Die Straße gleich einem Schlachtfeld. Von der Sanitätskolonne wurden 45 Schwerverwundete in die Spitäler geschafft. Veritene Polizisten sprengten auf die Menge ein, die nach allen Seiten auseinanderstob. Kurz darauf bildete sich ein neuer Zug — ein Trauerzug — an welchem über 10 000 Menschen teilnahmen. Die Fahnen wurden in Flor gehüllt, die Musikkapellen spielten Trauermärsche. Die Menge zog stillschweigend nach dem Plaza Colon, vor das Regierungsgebäude. Das Straßenpublikum ließ entlockten Hauptes den Zug an sich vorbeipassieren. Auf dem Plaza ergrieff der frühere Angeordnete Palacios das Wort und schlug vor, zum Zeichen des Protestes und der Trauer einen Generalausstand von 48 Stunden zu proklamieren. Der Vorschlag wurde ohne ein Wort des Widerspruchs angenommen. Palacios forderte im Namen der Arbeiter die sofortige Entlassung des Polizeichefs. Die maßlose Brutalität der Polizei hat die ganze Einwohnerschaft der Stadt mit Entzückung erfüllt und in Arbeiterkreisen kennt die Erbitterung gegen die Regierung keine Grenzen.“

Daselbe Blatt teilt in der Nummer vom 6. Mai weiter mit: „Buenos Aires steht noch unter dem Eindruck des von der Polizei angerichteten Blutbades. Die Straßen zeigen ein sehr belebtes Bild und die Unterhaltung dreht sich ausschließlich um die Vorgänge vom letzten Sonnabend. Der Generalausstand nimmt immer größeren Umfang an. Man schätzt die Zahl der ausständigen Arbeiter auf 180 000, was aber sehr übertrieben zu sein scheint. Die Stadt ist nahezu verödet.“

In den folgenden Nummern der „Germania“ finden sich Notizen über weitere Polizeibrutalitäten anlässlich des Generalstreiks, die 20 Tote und 270 Verwundete als Opfer forderten. In der Nummer vom 11. Mai heißt es: „Der Präsident gab Befehl, alle verhafteten Streiker in Freiheit zu setzen, mit Ausnahme der Aussen, die man für besonders gefährlich hält, und einiger Individuen, die im Verdacht stehen, Propagandisten der Tat zu sein. Der Streik ist beendet, die Ausständigen nahmen am Montag die Arbeit wieder auf. Die Lage ist wieder völlig normal. Die Sozialisten beklagen nach wie vor auf der Entlassung des Polizeichefs.“ Am 13. Mai wird berichtet: „Am Dienstag wurden in Buenos Aires 364 Arbeiter in Freiheit gesetzt, die während der Unruhen verhaftet worden waren. Ein in der Hauptstadt anfänglicher Bankier schätzte den Schaden, der dem Handel aus dem Generalausstand der Arbeiter erwachsen ist, auf rund 40 Millionen Pesos. Infolge der Ereignisse ging die Einnahme des Zollamts in der letzten Woche auf 800 000 Pesos zurück, während sie sich sonst auf 2 500 000 Pesos wöchentlich beläuft.“

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

15. Juni. Die Holzarbeiter im Ruhrgebiet ist beendet. Nachdem die Verhandlungen im Rathhausaal in Essen zu keinem abschließenden Ergebnis geführt, wurden sie für die in Betracht kommenden Orte Gelsenkirchen, Gerne und Dortmund örtlich geführt. Auslast eines Bezirksrats, wie ihn der Arbeitgeberbund verlangte, wurden Ortsverbände abgeschlossen. Die Ablosung dieser Verträge verlangte der Arbeitgeberbund einheitlich mit derjenigen im Baugewerbe; festgelegt wurde dagegen der 15. April 1912. Die Agitationsklausel, nach der auf den Arbeitsstätten jegliche Agitation verboten sein sollte, wurde sowohl in den Verträgen selbst als auch in der Form von protokollierten Erklärungen vom Arbeitgeberbund fallen gelassen. Festgelegt wurde für Gelsenkirchen, Wanne, Mählingshausen und Gerne an Stelle der bisher üblichen 60 stündigen wöchentlichen Arbeitszeit eine sofortige Verkürzung von 1 Stunde und ab 1. Juni 1910 weitere 3 Stunden pro Woche. An Lohn erhöhungen während der Vertrags-

Feuilleton.

Nachdruck verboten

Ein Frauenschicksal.

Sozialer Zeitroman von Eliza Orzeszko.

(12. Fortsetzung.)

Wieder zeigte sich ein vielversprechender Ausdruck in dem Antlitz von Frau Zminska.

„Gewiß,“ sprach sie, „die Fertigkeit im Zeichnen kann Ihnen ganz nützlich werden, doch hat sie bei weitem geringern Wert als in der Musik.“

„Wie kommt das?“ fragte Martha.

„Wahrscheinlich deshalb, weil die Musik eine geräuschvolle und das Zeichnen eine stille Kunst ist. Zu jedem Falle bitte ich mir einige Proben Ihrer Kunst zu bringen. Wenn Sie wirklich Gutes zu leisten verstehen und es Ihnen möglich ist, Zeichnungen zu liefern, die von wirklichem Talent sprechen, dann kann ich Ihnen ein bis zwei Unterrichtsstunden verschaffen.“

„Sehr geläufig ist mir das Zeichnen nicht,“ erwiderte Martha. „Nur will es mir scheinen, als wäre mein Talent hierzu nicht besonders bemerkenswert, keineswegs kann die Ausbildung, die ich in diesem Fache genossen, eine besondere genannt werden. Aber ich verstehe es genügend, um die Einfangsgründe beibringen zu können.“

„Wenn es sich so verhält, dann kann ich Ihnen auch keine Anfänger für den Zeichenunterricht versprechen,“ lautete die ruhige Antwort.

Unter dem Einfluß schmerzlicher Empfindungen faltete Martha immer fester die Hände.

„Aus welchem Grunde?“ flüsterte sie kaum hörbar.

„Weil auch dieser Unterricht von Männern erteilt wird.“

Martha ließ das Haupt sinken und blieb einige Augenblicke in ihre Gedanken vertieft.

„Verzeihen Sie mir, verehrte Frau,“ sprach sie endlich, indem sie das Antlitz, auf dem sich zitternde Besorgnis malte, erhob, „verzeihen Sie mir, daß ich Ihre Zeit über Gebühr in Anspruch nehme. Ich bin eine unerfahrene Frau, die bis jetzt nur zuwenig Aufmerksamkeit jenen menschlichen Verhältnissen und Gepflogenheiten zuwandte, die keinen direkten Einfluß auf mein Leben hatten. Es ist mir nicht

alles klar, was Sie mir auseinanderzusetzen die Freundlichkeit haben. Meine Vernunft, und mir war es, als entbehrte ich derselben nicht ganz, sträubt sich gegen die vielen Unmöglichkeiten, die Sie mir anführen, weil sie die Ursachen nicht zu erkennen vermag. Die Möglichkeit, einen Erwerb, und zwar einen ausreichenden Erwerb, zu finden, ist für mich mehr als die Frage, ob leben oder sterben. Es ist zunächst die Lebensfrage und dann eine Frage der Erziehung für mein Kind. Meine Gedanken verwirren sich. . . ich wünschte die Dinge richtig zu beurteilen. . . zu verstehen, was um mich vorgeht. . . und doch. . . ich kann es nicht. . .“

Bei den ersten Worten sah Frau Zminska gleichgültig auf Martha hin. Dann wurde sie immer aufmerksamer, ihre frohigen Augen durchschimmerte ein wärmerer Strahl. Sie ließ die Lider sinken, die ernste Stirn wurde sie etwas und ein schmerzliches Lächeln spielte um die sonst so gleichgültigen Lippen. Die stille, kühler Geschäftsmäßigkeit, mit der sich diese Frau zu umgeben pflegte, fiel nicht ganz, aber sie wurde durchsichtiger. Jetzt vermochte man in ihr die Frau zu erkennen, die sich wohl an manchen Umständen trauriger Art aus dem eignen Leben und aus dem Leben anderer Frauen erinnerte. Langsam hob sie den Blick und begegnete dem Marthas, der voll Unruhe auf ihr hastete.

„Sie sind nicht die Erste,“ erwiderte sie mit etwas weniger trockner Stimme als bisher, „die in ähnlichen Ausdrücken zu mir spricht. Seit acht Jahren, das ist so lange, als ich an der Spitze dieses Unternehmens stehe, kommen Frauen jeglichen Alters, jeglichen Standes und jeglicher Begabung zu mir, sprechen mit mir und sagen schließendlich: Wir können nicht begreifen! Ich aber verstehe, was den anderen unbegreiflich ist, denn ich habe vieles gesehen, und gar mancherlei selbst erlebt. Ich kann es nicht unternehmen, den Unerfahrenen, was dunkel und unverständlich, zu erklären. Die unausbleiblichen Kämpfe, die unvermeidlichen Enttäuschungen, diese Tatsachen, klar wie der Tag und dunkel wie die Nacht, sie bleiben keiner erspart und erklären die Dinge durch sich selbst.“

Bittere Ironie klang durch diese Worte der nicht mehr jungen und strengen Frau. Ihr Blick ruhte noch immer auf Marthas jetzt so bleichem Antlitz; es lag etwas von jenem Mitgefühl darin, mit dem der gereifte Mensch, dem die

Schattenseiten des Lebens aus eigener Erfahrung nur zu wohl bekannt sind, auf das naive Kind blickt, vor dem die Welt mit ihren Erfahrungen noch verschlossen liegt. Martha schwieg. Sie hatte wahr gesprochen. Die Gedanken drängten sich in ihrem Kopf und konnten keinen Ausdruck finden für das, was sich ihr offenbarte und sich ihrer Betrachtung aufdrängte. Eins nur war ihr klar und deutlich geworden. Sie hatte erkannt, daß Arbeit und Erwerb nicht etwas war, was man, und insbesondere eine Frau, nur zu wollen brauchte, um es zu erreichen. Und noch eins lag klar und deutlich vor ihren Blicken: das bleiche Antlitz und die großen schwarzen Augen ihres Kindes, die immer wieder mit tausend Stacheln in ihrem Herzen die zwingende, drängende, unabweisbare Notwendigkeit, daß etwas geschehen müsse, wachriefen.

„Sie können uns nicht,“ sagte die Frau ihre Rede fort, „Ihr Nachdenken wird Sie nicht aufklären, denn Sie haben bis jetzt aller Wirklichkeit fern gelebt. Kindliche Gedankenlosigkeit zuerst, dann die behagliche Ruhe des Familienlebens waren Ihr Teil. Was darüber hinaus lag, berührte Sie nicht. Trotz der zwanzig und einiger Jahre, die Sie auf der Welt leben, kennen Sie die Welt so wenig, wie Sie die Musik kennen, die Sie neun Jahre lang geübt. Die Tatsachen, die Sie erfahren werden und die Ihr Leben lenken werden, werden Sie Welt, Menschen und gesellschaftliche Einrichtungen kennen lehren. Was mich anlangt, so will, kann und muß ich folgendes sagen:“

„Nur diejenige Frau vermag nach unsern bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen einen ausreichenden und einträglichen Lebenserwerb zu finden, der ihr Dasein vor Not und Elend schützt, welche wirkliche und gründliche Kenntnisse in jeder wie immer gearteten Wissenschaft besitzt, oder über ein wirkliches und energisches Talent verfügt. Mit oberflächlichen Kenntnissen und mittelmäßiger Begabung erreicht man wenig, im besten Fall einen harten Brotes, den man mit Tränen besudelt und mit Demütigungen bezahlt. Einen Mittelweg gibt es nicht; die Frau muß nach irgendeiner Richtung ein Ganzes leisten, sich durch dieses Ganze Wert und Ansehen erringen. Wenige Stufen nur tiefer in ihrem Wissen und Können, und sie hat alles gegen sich, nichts für sich.“

(Fortsetzung folgt.)

Dauer wurden insgesamt 6 Pfg. pro Stunde zugebilligt. In Vor-
sicht wird ab 1. Juni 1910 die 9stündige Arbeitszeit an Stelle der
bisher 8stündigen eingeführt mit einer Lohnaufbesserung
während der Vertragsdauer von insgesamt 5 Pfg. pro Stunde. Außer-
dem wurden für sämtliche Orte eine Reihe weiterer Verbesserungen für
die Arbeiter erzielt. Das Verlangen des Arbeitgeberverbandes, unter
allen Umständen den Arbeitern einen Vertrag aufzuswingen,
— bestimmtlich die Ursache der Ausperrung — ist mit dem Abschluß
dieser Verträge nicht in Erfüllung gegangen, des wirklichen
Sieges können sich die Ausperrten freuen.

Zur Situation im Hamburger Ausperrungsgebiet. Die
Unternehmer bemühen sich unausgesetzt, die Ausperrung zu verall-
gemeinern. Trotzdem an einigen Bauten die Arbeit wegen Material-
mangels eingestellt werden mußte und an andern Bauten die Streit-
leitungen die Arbeit sperrten, hat sich die Zahl der direkt am Kampfe
beteiligten Arbeiter nicht erhöht. Ein Teil der ausgesperrten Maurer
und Zimmerer ist in andern Orten in Arbeit getreten. Dies ist
den Arbeitern aber trotz der Ausperrung in Hamburg Arbeitsgelegenheit
geboten, namentlich trifft dies bei den Maurern zu, von denen in den
letzten Tagen über 150 Mann neu eingestellt sind, davon 60 zu neuen
Bedingungen. Am 12. Juni meldeten sich zur Kontrolle in den
Streikbüros: 3096 Maurer, 1595 Zimmerer und 1805 Bauhilfs-
arbeiter. Die Ausperrung im vollen Umfang ist den Unternehmern
nicht geglikt, trotz aller Terrorisimus, den der Vorsitzende des Bau-
gewerksverbandes, Herr Summert, angewandt hat. Hat er doch in
einem Zirkular eine „rabiate“ Arbeitssperre verlangt, mit der er aller-
dings wenig Glück hatte. Durch die Materialsperrung wird sich die Zahl
der Ausperrten zwar noch vermehren, aber im ganzen genommen
ergibt sich als Resultat, daß Herr Summert seine Scharfmacherei nicht
gelungen ist. Besonders Kopfschmerzen soll es diesem Herrn machen,
daß die Arbeiten auf dem Festplatz für das große Bundesfestessen fast
vollständig ruhen. Gerichtsweg verläutet, daß man zu diesen Arbeiten
Pioniere aus Hamburg heranziehen will.

Vom Ausstand der Kieler städtischen Arbeiter brachte die
bürgerliche Presse Berichte, in denen große Krawalle und
Schlägereien mit der Polizei geschildert wurden. Wir können
berichten, daß diese Nachrichten übertriebene Sensationsmache
sind, die wahrscheinlich den Zweck haben, die Sache der Ausständigen
zu diskreditieren. In den Berichten wurde natürlich die Schuld den
Ausperrten zugewiesen. Wohl kommt es allabendlich zu einigen
Tumulten im Guttenbergviertel, zu denen aber das nicht sehr geistreiche
Verhalten der Polizei die Veranlassung gibt. Der Aufmarsch der Polizei
anlässlich des Entschens der ersten Streikbrecherkolonne am vorigen
Mittwoch, die weiteren Berichte der bürgerlichen Mäler, daß alle
Augenblicke neue Arbeitswilligenströme kommen sollen, kosteten natür-
gemäß aus Neugierde große Menschenmassen in die Guttenbergstraße.
Am Freitag abend war die Zahl der Neugierigen besonders groß.
Gegen 10 Uhr begann der Angriff der Polizei auf die Menge, die sich
stautte und natürlich unmöglich so schnell auseinandergehen konnte. Die
unspornierten und die gehemmen Schutzleute schlugen auf das Publikum
ein. Daß nach diesem Angriff auch Steine geworfen worden sind, soll
zugegeben werden; das Werfen mit Wasserbomben aus den Häusern und mit
allerlei gefährlichen Gegenständen ist blanke Ermüdung, denn da die Straßen
nicht geleert wurden, hätten andern Tags eigentlich solche Gegenstände auf
der Straße liegen müssen. Das war aber nicht der Fall. Ebenso ist
leiblich Ermüdung, daß vorher vom Publikum die Gaslaternen aus-
gedreht worden sind. Ausgesperrt resp. ausständig sind jetzt etwa 500
Mann. Die Straßen sind noch nicht gekehrt; mit der Abfuhr geht es
augenblicklich immer noch schlecht. Die Verwaltung läßt von den Ar-
beitswilligen zunächst die Möbel aus den Häusern mit wohhabender
Bevölkerung abholen, während sie in Arbeiterquartieren sich an-
halten. Die Selbsthilfe, die sich darin bekundet, daß die Möbel auf
die Straßen entleert werden, greift mehr und mehr zu sich.
Die gezeichnete Lage ist zu einem kommunalen Skandal geworden.
— Mit welchen Mitteln man gegen die Streikenden vorgeht, zeigt das
von bürgerlicher Seite verbreitete Gerücht, daß das Vermögen des Ge-
meinderathes in der Nacht vom Freitag zum Samstag durch die
Schanden, der der Stadt durch den Kontrollbruch der städtischen Arbeiter
entstanden sein soll. Streikbrecher befinden sich ungefähr 150 in Kiel.

Demonstrationszug gegen Verleumder. Die ausgesperrten
Bauarbeiter und Tischler in Würzburg veranstalteten Sonntag
nachmittag einen großen Demonstrationzug vor den Lokalitäten der
bayerischen Reichsversammlung „Neuen Bayerischen Landeszeitung“ des ehemaligen
Sozialdemokraten Anton Kemminger. Das Blatt hatte die
Streikenden fortgesetzt mit „Säufer“, „Raubergewalt“ in der wahr-
loftesten Weise beschimpft. Die Demonstration nahm einen eindrucksvollen
und ruhigen Verlauf. Ausfahrungen kamen nicht vor.

Ein kleiner Jertum. Von einem „Streikbrecher“, der
in Würzburg mit einem Teil auf einen Polizeiwachmann losgegangen,
von diesem aber mit einem Säbelhieb über den Kopf niedergestrichelt
worden ist, erzählt die bürgerliche Presse. Die Sache stimmt. Nur
was es kein „Streikbrecher“, sondern ein dem Staate nützliches Element,
ein „Streikbrecher“.

Der Handhuhmacherverband beschäftigt nunmehr mit Ablauf
dieses Monats seine Verhandlung mit dem Lederarbeiterverband.
Der „Handhuhmacher“ stellt sein Erscheinen ab 1. Juli ein. Als
gemeinsames Organ trägt die „Lederarbeiterzeitung“ den Charakter
des Verbandes aller in der Leder- und Lederhandhuhmacher-
Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Das neue Bureau
des Verbandes befindet sich vom 1. Juli an: Berlin SO 33,
Kantauer Straße 30.

Neue Dienstboten-Organisation. Am der Sozialdemokratie,
die nach dem Zeugnis ultramontaner Zeitungen in Bayern auch in
ländlichen Kreisen „in beängstigender Weise an Boden gewinnt“, einen
Damm entgegenzusetzen, hat der Zentralratsgeschäft Dr. Heim einen
Besuch in hiesiger ländlicher Dienstboten-Organisation gemacht.
Bei gemeinsamer Betrachtung dieser ultramontanen Gründung zeigt sich
deutlich, daß sie eigentlich nur dem Interesse der Arbeitgeber dienen
soll. Hat doch der von Dr. Heim ebenfalls geleitete Christliche
Bauernverein dem Dienstbotenverein sofort ein „Vaterländisches“
von 50 000 M. überreicht! Und besonders wertvolle Bestimmung
besteht die Leitung der Dienstboten, danach haben an der Spitze
der Dienstboten ein Obmann, gewählt von den Dienstboten, ein Obmann
des Christlichen Bauernvereins und der Seelsorge. Es ist also höchst
deutlich gezeigt, daß sich die Dienstbotenvereine nicht etwa mit Dingen
beschäftigen, die den Arbeitgebern unangenehm sind. Wer dem Verein
einmal beigetreten ist, hat sich ihm auch mit Haut und Haar ver-
schrieben. Die Bauern und der Seelsorger (beide in reichlicher Zahl) werden
ihnen dafür sorgen, daß niemand wieder aussteigt. Auf dem Auf-
nahmestunde, den jedes Mitglied ausfüllen muß, sind eine ganze Reihe
von Fragen zu beantworten. Eine davon lautet: „Sind Sie bereit, Ihre
sich jetzt aus Ihrem Lohn erspart? Auf diese Weise wird
den Bauern die Möglichkeit verschafft, sich auf bessere Weise aus-
zuweisen als durch die Dienstbotenvereine zu informieren.
Der Kern für katholische ländliche Dienstboten ist nichts anderes als
eine den ländlichen Verhältnissen angepasste gelbe Gewerkschaft.
Seine Gründer beabsichtigen, er solle der Sozialdemokratie des Landes
abgewandt; in Wirklichkeit ist es aber eine Gegenorganisation gegen die
christlichen Gewerkschaften, deren organisatorisches Prinzipien er ja
direkt im Gegentheil liegt. Daß auch die Dienstboten in Bayern das
Wort haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren, haben die christlichen
Gewerkschaften schon wiederholt betont. Wir sind nun umgekehrt, wie
für eine christliche Dienstboten-Organisation handelt, an deren Leitung
Arbeitgeber und Seelsorger je nach Umständen teilzunehmen müssen.
Wieder hat es auch ein christlicher Streikbrecherführer gewagt, sich zu
diesem Punkte zu äußern. Die Herren fürchten doch nicht etwa das
gewaltige Kommando und den Terrorismus des Herrn Dr. Heim?

Gewerkschaften als Arbeitervertreter. Die „Post“
glaubt daran, daß es notwendig ist, die Arbeiter von Rechts wegen
nach angesehener Gewerkschaften durch eigene Organisationen nicht zu
wissen lassen. Eine Verwirklichung des oben erwähnten christ-
lichen Streikbrecher in Bayern ist auch die Gewerkschaften schä-
ndlich verurteilt, denen zufolge die Gewerkschaften sich außer
aus dem Gewerkschaftsverband und dem Gewerkschaftsverband mit dem

gerichten zusammenzusetzen soll, die noch im festen Arbeitsverhältnis stehen.
Die Forderungen der Gewerkschaften, ihre Angehörigen als Vertreter zu
den Schlichtungsgerichten zuzulassen, wie auch ihnen das passive Wahlrecht
für die einwirkenden Arbeitskammern zu gewähren, glaubt die „Post“
damit ab absurdum zu führen. Der vernünftige Standpunkt der Unter-
nehmer, der aber von den Arbeitern immer als Gerrenmoral charakterisiert
wurde, zu Streikzeiten nicht mit auswärtigen Agitatoren zu verhandeln, sei
in diesem Falle selbst von den Arbeitern angenommen, die die Vertretung
ihrer Interessen nicht den Angestellten ihres Verbandes anvertrauen wollen.
Die „Post“ hätte zu ihrer „Bewusstseinsführung“ nicht diese Umwege zu den christ-
lichen Gewerkschaften und bis nach Essen machen zu brauchen. Wir sind
entgegenkommend genug, der „Post“ zu verraten, daß dergleichen dumme
Anträge auch in unseren Gewerkschaften schon einige Male gestellt worden
sind, so erst jetzt wieder zur Generalversammlung der Metallarbeiter.
Wichtig aber ist doch, daß, wie hier, so auch stets diese Anträge glatt
abgelehnt wurden, daß alle vernünftigen Delegierten und Verbands-
mitglieder sich energisch dagegen wehrten. Daß irgendein gegen den
Vorstand verirrter solcher Antrag stellt und auch instande ist, ihm in
einer Verammlung zur knappen Annahme zu verhelfen, ist nur zu er-
klärlich, wenn man weiß, wie nützlich sich ein Vorstand durch die Ab-
lehnung einer Streikbewegung oder Streikunterstützung an irgendeinem
Orte machen kann. Aus solchem Einzelfall heraus allgemeine Schlüsse
anzustellen zu ziehen, konnte natürlich nur der „Post“ vorbehalten bleiben.
Die Mitglieder unserer Gewerkschaften aber sollten daraus auch ersehen,
wie wichtig sie handeln, wenn sie mit solchen unbegründeten Anträgen
kommen, die bei den Mitgliedern der freien Gewerkschaften nie auf
Wasser auf ihre Mühlen zu treiben.

**Die Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metall-
arbeiter** (G. H. 29), Hamburg, hielt ihre 15. Generalversammlung
vom 1. bis 5. Juni in Halle ab. Die Kasse ist die größte freie
Hilfskasse des Reichs und zählt gegenwärtig rund 109 000 Mit-
glieder. Erzdienen waren 210 Delegierte. Während die Kasse am
1. Januar 1907 92 170 Mitglieder zählte, waren am 1. Januar
1909 106 385 Mitglieder vorhanden. Die Krankheitsfälle stiegen
in den letzten 2 Jahren auf 90 325 Fälle mit 2 186 178 Krankheits-
tagen. Daß die Kasse unter der wirtschaftlichen Depression stark
zu leiden gehabt, ist selbstverständlich. Trotzdem hat sich die Kasse
zu einer Institution entwickelt, die so leicht nicht mehr ersütter-
bar werden kann. Das Gesamtvermögen betrug am Schluß des Jahres
1908 2 392 341,49 Mark; es waren 462 332,33 Mark über den
Rezervefonds vorhanden. Die Reichsverbandsgewerkschaft zur
Bekämpfung der Sozialdemokratie hatte der Kasse vorgeworfen,
eine Fikale habe gelegentlich der letzten Reichstagswahl 100 Mark
aus Kassensmitteln zum sozialdemokratischen Wahlfonds bewilligt.
Das war Schwindel; es wurde gerichtlich festgestellt, daß Mitglieder
gelegentlich einer zufälligen Zusammenkunft nur einmal 10 Mark
aus freiwilligen Beiträgen gesammelt hatten. Auch die Aufsichts-
behörde überzeugte sich, daß die Reichsverbändler mit unfauberen
Mitteln gekämpft hatten. In der leibhaftig geführten Diskussion
wies man auf die geplante Reichsverbändlungsordnung hin. Wenn
die Regierung auch beabsichtigt sei, alle arbeiterfreundlichen Ver-
einigungen zu unterdrücken, so wird sie damit keinen Erfolg haben.
Die Arbeiter werden sich zu helfen wissen. Das Selbstverwal-
tungsrecht würde, soweit es noch vorhanden ist, erkämpft
werden. Die von Arbeitern verhaltete Kasse könne vorteilhafter
wirken als die Kassen der Privatversicherungs-Gesellschaften, die
ihren Direktoren Gehalte bis zu 20 000 Mark und darüber zahlten.
Moniert wurden einige durch Arbeitersekretäre auf die Kasse er-
folgte Angriffe. Bei einer Kasse mit 109 000 Mitgliedern könnten
einmal Irrtümer unterlaufen; man sollte sich aber vor der
Auskunftsverteilung über das Reien der Kasse besser informieren.
Die Statutenberatung nahm mehrere Tage in Anspruch. Wenn
auch die jetzigen Leistungen der Kasse nicht besonders erhöht wur-
den, so wurden doch alle Anträge, die darauf hinausliefen, die
Rechte der Mitglieder einzuzengen, abgelehnt. Der Antrag auf
Anstellung von besoldeten Beamten in größeren Filialen fand keine
ausreichende Zustimmung. Die Hauptämter der Kasse, Vor-
sitzender Seitzner, Kassierer Wittenberg wurden wiedergewählt.
An Stelle des verstorbenen zweiten Vorsitzenden tritt Fahr-
wald (Berlin). Die Hauptbeamten erhalten je 3 Wochen Sommer-
urlaub. Die nächste Generalversammlung soll im Frühjahr 1911
stattfinden. Die Delegierten nahmen mit Beifall davon Kenntnis,
daß der Verbandstag der Metallarbeiter in Hamburg zugestimmt
hat, auch weiterhin Publikationen der Krankenkasse im Verbands-
organ aufzunehmen. Der Verbandsvorsitzende Schlichte habe mit
Recht betont, die Kasse habe immer noch Anrecht auf den Dank des
Verbandes.

Provinz und Umgegend.
Ceacau-Pester, 15. Juni. (Sozialdemokratischer
Berein.) Die Monatsversammlung am Sonnabend war recht mäßig
besucht. Es ist traurig, daß in einer Zeit wie der jetzigen, wo das
arbeitende Volk wieder einmal recht tüchtig mit indirekten Steuern
belegt werden soll, nicht mehr Interesse an den Tag gelegt wird. Dann
kommen gewöhnlich von den Parteigenossen laudäufige Ausreden, z. B.
wie ich müde Karotten haben. Und wenn das so ist, was dann?
Parteigenossen! Kommt nur pünktlich zur angelegten Zeit in die Versam-
lung, dann wird sie pünktlich eröffnet und kann auch pünktlich geschlossen
werden. Dann kann jeder, wenn er nur will, auch am anderen Morgen zum
Kartenspielen gehen. Der Filialvorsitzend gibt sich die größte Mühe, alles
was für die Arbeiterklasse Wert und Zweck hat, in den Versammlungen
zur Erörterung zu bringen und trotzdem kommen leider immer dieselben
Scherzen. Parteigenossen! Wendet sich dies nicht in Zukunft, werdet
ihr nicht tollkühner im Versammlungsbesuch, so seid ihr selbst schuld
daran, wenn auch Laufen über Laufen angelegt werden und ihr
am Ende nicht einmal wüßt, wer diejenigen sind, die dafür gestraft
haben. In der Versammlung wurde diskutiert über Agitation für die
„Vollkammer“ und für den Sozialdemokratischen Verein. Dann wurde
bekanntgegeben, daß eine Eingabe an den Gemeindevorstand den Erfolg
gehabt habe, daß bei Bodenschuldbestellung Druck Dienstags und Freitags
von abends 7 bis 9 Uhr das Boden nur 10 Pfennig kostet. Mögen
also die Parteigenossen dies auch ausnützen. Nachdem noch einige
kommunale Angelegenheiten erörtert waren und der Vorsitzende ange-
kündigt hatte, die demnächst stattfindenden Vergnügen der Freien Turner
und Kesselführer recht zahlreich zu besuchen, erfolgte Schluß der Ver-
sammlung.

Hallerstadt, 15. Juni. (Schwurgericht.) In der am
21. Juni beginnenden zweiten Schwurgerichtsperiode kommen folgende
Fälle zur Verhandlung: Am Montag gegen die Schneiderin Auguste
Grawertin aus Hohenhausen wegen Kindesraubes; am Dienstag gegen
den Hohenhauser Agitationsführer Karl Höfner aus Hohenhausen wegen Vor-
schube unzüchtiger Handlungen mit Gewalt; am Mittwoch gegen den
Juden Ernst Kiefer aus Thale wegen vorläufiger Brandstiftung.

(Der Randwörter im Satz.) Der vorige Woche in
Hohenhausen verhaftete Bergarbeiter E. Westphal wird auf Ver-
anlassung der Staatsanwaltschaft aus der Haft entlassen, da der er-
gründete Mißbrauch als ausreichend betrachtet wird.

Kampfbewerber, 15. Juni. (Zam Nord- und Selbst-
wärtigung) des Arbeiters Holzer ist noch mitzuteilen, daß
der Vater der Dreijährigen Tochter jedenfalls aus Mitleid sich
einmal mit sechs Schrotpatronen geladenen Revolver zwei Schüsse auf
seine Tochter, die ihr Kind auf dem Schoße hatte, abgab. Das
Kind wurde durch einen Schuss in eine Wade und durch
den zweiten in den Hals schwer verletzt, außerdem trug die Eis-
schlinge ihm eine Entzündung in die Seite und in eine Hand bei.
Dann verließ er die Tür und feuerte drei Schüsse auf sich selbst ab, von
denen einer in den Mund ging. Lebensgefahr liegt nicht vor. Sowohl
der Schuss in den Mund, wie die beiden in die linke Seite in der
Hergangsbildung oberflächlich. Auch soll E. sich nachträgliche Verletzung
der Hand bei dem Hand mit dem Revolver begünstigen versucht
haben. Die Frau war während des Vorgangs nicht zugegen. Das
Kind liegt in der elterlichen Wohnung verstorben.

Schönebeck, 15. Juni. (Eine Baurekontrolle) fand
hier statt. Kontrolliert wurden 23 Bauten im Schönebecker Wohn-
bezirk. Davon ist zu erwähnen der Bau des Unternehmers R. K. r. i. e. m.
in der Eggersdorfer Straße und an der Schule. Auf Vorhaltung des
Bautenkontrollen, daß das Gerüst unvorschriftsmäßig sei, erwiderte
der Polier Bannock: „Ach, Maurer gehen dort nicht hinauf, nur
Zimmerleute.“ In den Bauten, die zu gleicher Zeit als Lager-
schuppen für Zement und Kalk benutzt werden, fand man nicht ein
Klammern im Gerüst. Der Unternehmer Richter läte gut, sich etwas
mehr nach den Unfallverhütungsvorschriften zu richten. Auch hat er
eine eigenartige Arbeitseinschätzung, zu seinem Vorteil natürlich. So
beißt es: „Sie sind jetzt Arbeiter und kein Maurer“, und es gibt 10
bis 15 Pfg. pro Stunde weniger. Fast auf allen Bauten wurden große Fehler
gefunden. Hier sind die Kellerkeller, da die Treppentürme, dort die
Kellergruben nicht abgedeckt. In den Bauten fehlen die Fenster und
die Fußböden. Die Aborte sind ganz unzulänglich. Ein Pfahl, eine
Latte darüber, rechts und links ein Brett hoch, fertig ist der Abort.
In bei einem Unternehmer war anstatt einer Tür ein altes Sandstiel
vorgestellt worden. Gezählt wurden im Wohngebiet 128 Gefellen,
30 Lehrburschen, 52 Arbeiter. Das sind traurige Zustände; sorgt dafür,
daß sie trotz der Preis abgefaßt werden. Meldet sämtliche Mißstände
und Unfälle sofort der Bauarbeiterkommission, denn nur wenn die
Unfallursachen richtig festgestellt werden, kann gegen die Unternehmer
vorgegangen werden.

Stuttgart, 15. Juni. (Machtflänge von Beamten tag.)
Als bald nach Beendigung der Tagung brachte die „Nachr. Ztg.“ eine
Notiz, daß der Bericht darüber erst in einigen Tagen, nach der Ueber-
tragung der Stenogramme, zum Abdruck gelangen könne. Man war
im allgemeinen ein wenig neugierig auf das, was auf diesem, mit so
großen lokalen Tamtam in Szene gesetzten Kongress verhandelt wäre,
und es wurde als ein Dank empfangen an die Stuttgart-Deputierten
Bürgerchaft für das so viel gepriesene Ausschneiden der Häuser, daß
ein ausführlicher Bericht auch in den hiesigen Lokalzeitungen erscheinen
sollte. Zwar war, wie wir bereits berichtet haben, die Ausschneidung
der Häuser nicht so besonders großzügig. Sie beschränkte sich auf das
Ansehen einer Anzahl Flaggen — nur ein einziges Haus wies nach
unser Beobachtungen noch andern Schmuck auf —, indes den Herren
Delegierten und ihren Damen mag das immerhin angenehm auf-
gefallen sein, da man in den großen Städten, wo sonst die Tagungen
stattgefunden haben, sicherlich in geringerm Maße Notiz von ihnen ge-
nommen hat. Der Bericht ist nun erschienen und umfaßt 1107 Zeilen,
davon sind dem eigentlichen Verhandlungsbericht
31 Zeilen gewidmet. Das übrige entfällt auf die Einleitung,
eine kurze Beschreibung der Ausschüsse und Besichtigungen, der weitest
größte Teil aber auf die zahlreichen Festreden, die uns in Wortlaut
dargebracht werden und eine staunenerregende gegenseitige Bewei-
hrung darstellen. Unausprechliches Lob wird dabei dem Sozial-
komitee, den Herren Pastor Baumeier, Gerichtsrat Ullrich, Apotheker
Schönung und in besonders reichem Maße Herrn Amtsgerichtsrat
Dr. Reich gesollt. — So schließt also der Beamtenverband die Stutt-
gart-Deputierten Bürgerchaft ein, daß er ihr die Verhandlungen fast
unerschöpflich in der weitausgehendsten Weise verdient. Das Ganze war eben in erster Linie als
Fest gedacht, wie die Festreden genügend erkennen lassen.

Tangermünde, 15. Juni. (Stölzer verhaftet.) Der
flüchtige Krankenkassenrentant Stölzer hat sich in der Sonntagnacht
wieder bei seiner Familie eingestellt. Die Polizei nahm ihn fest und
lieferte ihn in das Amtsgerichtsgefängnis ein.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 12. Juni 1909.

Erschwindelte Kohlen. Der Arbeiter Theodor Rhein
geb. Hohl aus Halberstadt haben im Oktober vorigen Jahres gemein-
schaftlich unter Vorpiegelung falscher Tatsachen den Kohlenhändler
Schneijung von hier zur Lieferung von 20 Zentnern Bricketts veran-
laßt. Rhein wird wegen Betrugs zu 1 Woche Gefängnis, die Ehefrau
wegen Betrugs im straffschärfenden Rückfall unter Inbegriffung mildernder
Umstände zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Hankrott. Ueber das Vermögen des Haderwarenfabrikanten
Germann Richter aus Wackerleben wurde im März dieses Jahres das
Konkursverfahren eröffnet, wobei sich herausstellte, daß er es unter-
lassen hatte, die vorgeschriebenen Bilanzen zu stellen. Wegen einfachen
Bankrotts wird auf eine Geldstrafe von 30 Mark oder 6 Tagen Ge-
fängnis erkannt.

Mißfall diebstahl. Die mehrfach vorbestrafte Emma
Klemens aus Halberstadt hat im Juli 1908 in Quedlinburg bei zwei
Logiswirtinnen ein Paar Strümpfe, eine Schürze, eine Wäsche, Paar-
spangen und einen Kamm entwendet. Sie wird wegen Diebstahls im
Rückfall zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Diebstahl. Der in Untersuchungshaft befindliche Arbeiter
Ernst Weinberg gen. Krause aus Quedlinburg hat am 21. April d. J.
einer Frau Stumme mittels Erbrechens von Bekleidungsgegenständen 31 Mark
bares Geld gestohlen. Wegen schweren Diebstahls wird auf eine Ge-
fängnisstrafe von 1 Monat erkannt.

Gestohlene Kets. Der vorbestrafte Arbeiter August
Schwarz aus Thale hat verschiedene Male vom Hüttenwerk in Thale
Kots entwendet, wofür ihn die geringste zulässige Strafe von 3 Monaten
Gefängnis trifft.

Verzichene Betrügereien hat der mehrfach vorge-
strafte Arbeiter Joseph Witter aus Quedlinburg verübt. Im Juni
vorigen Jahres hat der Angeklagte den Gastwirt Eggert um eine Zechen
von 10,60 Mark geprellt. In einer andern Wirtschaft bestellte er bei
dem Buchhalter Herz 45 Zentner Kohlen und bei dem Kaufmann Probst
eine Nähmaschine für 140 Mark, wobei er einen falschen Namen ge-
brauchte. Seine Logiswirtin hat er außerdem eine Säge entwendet
jeweils eine andre Person um 3 Mark geschädigt. Wegen Rückfall-
diebstahls in einem Fall und Rückfallbetrugs in zwei Fällen wird unter
Annahme mildernder Umstände auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und
3 Jahre Ehrverlust erkannt. In zwei weiteren Betrugsfällen erfolgt
Freisprechung.

Militär-Justiz.

Die Leiden eines Freiwilligen. Wegen schwerer Soldaten-
mißhandlung und Mißbrauchs der Dienstgewalt hatte sich der
Unteroffizier Mio Hansen von der 3. Eskadron des 17. Infanterie-
Regiments in Braunschweig vor dem Kriegsgericht der 20. Division
zu verantworten. Er wird beschuldigt, die Rekruten Piefich und
Knebel in der Zeit vom März bis August 1908 in mindestens 25
Fällen mit einem Rohrstock, dem Karabinerstock, dem Feuer-
haken, der Lanze und was er gerade in die Finger bekommen hat,
sowie durch Fußtritte körperlich schwer mißhandelt zu haben.
Piefich hat eine wahre Leidenszeit im Militär durch-
gemacht. Mit Leib und Seele schwärmte er für das Sol-
datensein und trat deshalb freiwillig bei dem 17. In-
fanterieregiment ein. Er hatte es schwer zu bereuen. Die Miß-
handlungen waren wohl nie unter Anklage gestellt worden, wenn
Piefich nicht jetzt als Invalide vom Militär entlassen und nun
gezwungen worden wäre, sein Recht auf eine Rente geltend zu
machen. Infolge der vielen Mißhandlungen und des
vielen Stubendienstes meldete er sich freiwillig dem Stamm-
mannschaften, die in Reg ein neues Dragonerregiment Nr. 9 gründen
sollten. Von dort wurde er am 2. Juni d. J. eines hochgradigen
Krankheitslebens wegen als dienstuntauglich entlassen. Dieses Leiden
führt R. auf die vielen un- und harten Schläge auf den
Kopf zurück, die er von Hansen erhalten hat. Die Beweis-
aufnahme ergab, daß Piefich sehr oft mit Feuerhaken, Reitstock usw.
auf den Kopf geschlagen, mit dem Scheitel gestoßen und geschlagen
worden ist, daß er sieben Pferde pöken und wochenlang
Stubendienst machen mußte.

Kleine Chronik.

Der geheimnisvolle Leipziger Mord.

Zu der Affäre des Schriftstellers Fleißner, der vor kurzem in Leipzig wegen Kollisionsgefahr in der Friedrichshafen Mordangelegenheit von der Kriminalpolizei verhaftet wurde, wird jetzt gemeldet, daß Fleißner Montag nachmittag aus der Untersuchungsgefängnis entlassen worden, da der entscheidende Strafhammer die Kollisionsgefahr beseitigt erschien. Eine Kaution ist von Fleißner nicht verlangt worden.

Verhaftung von Banknotenfälschern.

Die Kriminalpolizei verhaftete in Bochum drei Personen, die falsche 50-Mark-Scheine in Umlauf gesetzt hatten. Man fand bei ihnen 37 falsche Scheine. Die Fabrik dieser Geldscheine befindet sich im Haus eines Lithographen in Barmen. Die Scheine sind leicht kenntlich, da sie in der Mitte nicht scharf gedruckt sind. Ein Bochumer Kohlenhändler hatte 16 Scheine für 700 Mark von den Schwindlern gekauft. Da er sie nicht absetzen konnte, übergab er sie der Kriminalpolizei.

Die Raube im Gerichtssaal.

In Sagan hat sich Montag vormittag während einer Gerichtsverhandlung eine blutige Tragödie abgespielt, deren Hauptperson ein kaum den Kinderjahren entwachsenes Mädchen ist. Dort saß während des Termins die 16 Jahre alte Fabrikarbeiterin Emma Madde ihrem früheren Geliebten, dem Weber Eward Vinte, mit dem sie sich vor kurzem verheiratet hatte und der als Belastungszeuge gegen sie in einer Diebstahls- und Verwundungssache erschienen war, ein in ihren Kleidern verborgenes gehaltenes Taschenmesser in die rechte Brust. Er brach blutüberströmt zusammen und wurde in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus gebracht.

Ein Duell.

Ein Duell zwischen Offizieren hat, wie den „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ aus Blankenburg am Samstag gemeldet wird, dort Montag morgen unter sehr schweren Bedingungen stattgefunden. Es handelt sich um einen ausländischen Offizier und einen Offizier der Blankenburger Garnison. Der Blankenburger Offizier ist schwer verletzt in das dortige Garnisonlazarett gebracht worden. Die Ursache des Duells ist nicht bekannt.

Geßändnis eines Raubmörders.

Der Mörder der 16jährigen Laura Klinterberg, die am 30. April 1908 im Nachener Wald ermordet und deren Leichnam mehrere Wochen später, im Gebüsch versteckt, aufgefunden wurde, scheint nunmehr in der Person eines gewissen Christian Duntzen, der gegenwärtig im Gefängnis zu Lüttringhausen eine Strafe verbüßt, ermittelt zu sein. Duntzen gestand den Mord einem Freunde gegenüber und sagte, er habe das Mädchen, das 1200 Mark an einen Rechtsanwalt abliefern sollte, vergewaltigt und ermordet, um in den Besitz des Geldes zu kommen; er habe aber nur die Quittung des Rechtsanwalts und kein Geld vorgefunden. Der mutmaßliche Mörder muß sich in den nächsten Tagen wegen eines Sittlichkeitsverbrechens vor der Kölner Strafkammer verantworten.

Liebestragödie.

In einem Berliner Hotel hatte am vergangenen Freitag der 24jährige Schlichter Georg Scheel mit seiner 17jährigen Braut Rosalie Boese ein Fremdenzimmer gemietet. Das junge Paar gab an, daß es sich auf der Durchreise befände und Anfangs dieser Woche nach Leipzig weiterfahren wolle. In das Fremdenbuch trugen sie sich als Scheel und Frau ein. Am Sonnabend und Sonntag fiel dem Hotelpersonal auch nicht das geringste auf. Die jungen Leute erschienen zu den Mahlzeiten, machten Spaziergänge und legten sich abends zu gewohnter Stunde nieder. Am 10. Juni war man erstaunt, als Montag vormittag das Zimmer noch immer verschlossen war. Da auf wiederholtes Klopfen nicht geantwortet wurde, wurde das Zimmer geöffnet und benachrichtigte die Polizei. Diese ließ durch einen Schlosser die Tür gewaltsam öffnen. Den Eintretenden bot sich ein schrecklicher Anblick dar. In den Betten lagen die Liebesleute blutüberströmt als Leichen. Scheel hatte seiner Braut und dann sich selbst mit einem Rasiermesser die Kehle durchgeschnitten. Auf dem Tisch lagen zwei Abschiedsbriefe, die an einen in Berlin wohnenden Bruder Scheels und an die Mutter der Boese, die in Rixdorf wohnt, gerichtet waren. Aus diesen ging hervor, daß als Beweggrund unglückliche Liebe in Frage kommt. Der Vater Scheels lebt als Rentier in einem Vorort Berlins.

Shadletons Ankunft in London.

Der Südpolforscher Leutnant Shadleton traf Montag nachmittag in London ein. Lange vor seiner Ankunft sammelten sich kolossale Menschenmassen vor der Charing Cross-Station an. Innerhalb des Bahnhofs fanden die Mitglieder der Geographischen Gesellschaft und nur gegen Eintrittskarte zugelassene Publikum. Shadletons Vater war mit den beiden Kinderchen des Südpolfahrers, einem 4jährigen Knaben im Matrosenkleid und einem 3jährigen Mädchen, erschienen. Bei Eintreffen des Zuges erhob sich ein brausender Jubel innerhalb der Bahnsteige, der bei den Menschenmassen auf der Straße ein vielfach verstärktes Echo fand.

Eine halbe Million in Brillanten.

Der Verein der Antwerpener Diamantenhändler ist durch seinen Vertrauensmann schwer geschädigt worden. Der Verein beherrschte seine Diamantenvorräte in einem besondern Schrank auf, der der Obhut eines erwählten Mitglieds unterstand. Dieser Vertrauensmann ist am Sonntag von Antwerpen nach Deutschland geflohen und hat Eitelsteine im Werte von einer halben Million Mark mitgenommen. Da viele kleine wenig begüterte Händler durch den Diebstahl geschädigt worden sind, so ist die Erbitterung unter ihnen groß. Der Dieb ist wahrscheinlich nach Vorn geflüchtet.

Um 50 Millionen.

Vor einigen Tagen starb in Lissabon, wie der „B. Volksztg.“ von dort geschrieben wird, die Gräfin Camarido, eine der reichsten Damen der portugiesischen Aristokratie. Als man ihr Testament öffnete, entdeckte man, daß sie alle ihre Verwandten enterbt und ihr ganzes bewegliches und unbewegliches Vermögen verschiedenen religiösen Orden vermacht hatte. Diese Feststellung überraschte um so mehr, als die Verstorbene mit den Mitgliedern ihrer Familie die zärtlichsten Beziehungen unterhalten hatte. Da das Testament erst wenige Wochen alt war, so sorgte man den Besuchen nach, die die Gräfin in jener Zeit empfangen hatte, und so gelangte man zu der Auffassung, daß gewisse Ordensbrüder bei der Aufhebung des Testaments ihre Hand im Spiele hatten. Die Erben suchten daraufhin das Testament an. Eine Untersuchung wurde eingeleitet, deren Ergebnis die gehegten Befürchtungen bestätigte. In der Tat sollen mehrere Männer in Mönchskleidung sich die Krankheit und die Verheiratung der Gräfin zunutze gemacht haben, um die Kräfte zu bewegen, ihnen ihr Vermögen testamentarisch auszuliefern. Selbst dämonische Erscheinungen haben herhalten müssen, um die Gräfin zu zwingen, in eine Aenderung ihres Testaments zu willigen. Mehrere Zeugen haben allerdings vor Gericht Aussagen gemacht, die die Möglichkeit offen lassen, daß die Mönche, die bei der Gräfin ein und aus gingen, keine richtigen Ordensbrüder, sondern Betrüger im geistlichen Gewand waren; dafür spricht auch die Tatsache, daß sich die Geistlichen als zu einem Orden gehörend ausgaben, der gar nicht existiert.

Ein Bergführer von seinem Hunde gerettet.

Aus Genua wird berichtet: Der Bergführer Olimpio Andreotti unternahm vor einer Woche eine mehrtägige Orientierungstour in den Seelphen, um sich für die bevorstehende Saison genau zu orientieren. Dabei wurde er von einem furchtbaren Unwetter überrascht, welches ihn 2 Tage lang in einer Höhle festhielt. Als er dann seinen Weg fortsetzen wollte,

stürzte er in eine Schlucht hinab und berlegte sich mehrfach, so daß er nicht mehr gehen konnte. Sein Hund, der ihn begleitet hatte, begann laut zu heulen, aber weit und breit war niemand, der Hilfe hätte bringen können. Als dem Verletzten der Proviant ausgegangen war, tat er einen Zettel mit den Worten: „Ich bin abgestürzt“ in seine Feldtasche, hing diese dem Hund um den Hals und trieb ihn fort. Noch am Abend desselben Tages kam das kluge Tier mit mehreren Leuten zurück, die den Verletzten retteten.

Junggefallen sind an sich berrückt.

Im Warne-Departement (Frankreich) starb kürzlich der Bürgermeister von Venev und hinterließ der Stadt Spernay sein Vermögen im Betrag von zwei Millionen Frank. Die Nerven des Verstorbenen, die leer ausgingen, suchten das Testament an und behaupteten ihr Recht bei der Abfassung geisteskrank gewesen. Beweis: Der Herr Bürgermeister habe sich dem verweigert, im Gewand eines Kardinals trummelnd durch die Straßen seiner Gemeinde zu ziehen; er habe seine Dienstmädchen nachts durch Pfistenschüsse geweckt, habe tagelang in seinem Garten Drehorgel gespielt usw. Auch wurde nachgewiesen, daß der Erblasser mehrfach in der Irrenanstalt zu Chalons untergebracht werden mußte. Die Stadt Spernay dagegen ließ durch zahlreiche Zeugen bekunden, daß der Verstorbene „ zwar ein Original gewesen ist, daß aber die oben berichteten Exzentrikerheiten nicht über die Tollheiten und Späße hinausgegangen seien, wie sie alten Junggefallen eigen zu sein pflegen“. Der Gerichtshof von Reims hat sich dieser Meinung angeschlossen. Spernay hat die 2 Millionen für seinen Stadtfußball gerettet und die Nerven haben das Nachsehen.

Das Begräbnis eines reichen Mannes.

Aus Paris wird uns vom 11. Juni geschrieben: Ein Mann hinterließ dreihundert Millionen. In den letzten Jahren seines Lebens hatte er viele Hunderttausende verteilt. Nicht weil er ein gutes Herz hatte, nicht weil er sich von der Last seines Vermögens befreit fühlte, nicht weil er helfen wollte, sondern weil er dafür als großer Patriot gepriesen wurde, weil er sich dadurch den Besuch der höchsten Personen erkaufte, den Verkehr mit den angesehensten Männern, eine Loge in der Großen Oper, wenn Edvard, einer Vorstellung beiwohnte, das Lächeln des Präsidenten der Republik, die Würde eines Kommandeurs der Ehrenlegion, und den Ruf, ein großer Philanthrop zu sein. Er kaufte die herrlichsten Bilder und bezahlte Millionen dafür. Nicht weil er die Wunder dieser Malerei erfaßte, nicht weil er die Kunst als solche unterrichten wollte, sondern weil man ihm sagte, daß er diese Sammlung später dem Staate schenken könnte, und daß auf eine Tafel geschrieben würde: „Sammlung Chauchard.“ Und er tat alles, wozu ihm seine besten Freunde um seiner „Unsterblichkeit willen“ rieten. Er fühlte vielleicht in seinem Innersten, daß er sein ganzes Leben doch nur der „Parvenu“ war, der ehemalige Verkäufer, der emporgekommene Mittelständler. Und er träumte in seinem lächerlichen Ehrgeiz, den „Großen“ anzugehören, er träumte von einem einzigen Tag, an dem Paris ihm ganz gehörte. Seine Leiche sollte die Ehrfurcht und das Erstaunen einer Weltstadt finden.

Und fast ist es ihm gelungen. Am Sonnabend morgen wurde er begraben. Tausende und aber Tausende standen Spalier und es ging so lustig zu, als ob Fasnacht wäre. So unheißig, so respektlos, daß der Teufel selbst seine Freunde haben konnte. Unter Sohn und Spott wurde des reichen Mannes Leiche zu Grabe getragen. „Das Testament des Herrn Chauchard!“ schrien die lustigen Zeitungsverkäufer und jeder konnte es kaufen und gedruckt lesen, wenn Herr Chauchard alles — nichts hinterließ. Man lacht, man pfeift, man sucht die Erben: einen früheren Minister, dem 15 Millionen zufielen, den Chefredakteur eines großen Blattes, der zwei Millionen erhielt, den Portier, der eine halbe Million bekommt — und man spricht von den Armen von Paris, denen der reiche Mann zweimalhunderttausend Frank vermachtete: den fünfmalshunderttausend Armen von Paris.

Der reiche Mann hat seine Millionen durch die Gründung des größten Pariser Warenhauses verdient. Viertausend Angestellte sind in dem Geschäft. Die hatten frei, um Herrn Chauchard auf den Kirchhof zu begleiten. Und am Sonntag morgen wurde ihnen verweigert, daß dieser freie Tag ihnen nicht bezahlt würde.

Vermischte Nachrichten.

* Kleiderfragen der Nichtsteuer.

Aus Paris wird berichtet: Mit den warmen Sommertagen haben die neuen Herrenmoden in Paris feierlich ihren Einzug gehalten und über Nacht die Boulevards in ein Meer von leuchtenden Farben getaucht. Der Boulevardier ist kein Anhänger der diskreten englischen Eleganz, und bei der Lösung der Toilettenfrage scheint der Gang zur Originalität ihn oft fortzureißen. In diesem Jahre jedenfalls entfaltet sich in der Herrenkleidung eine Neigung zum Farbenreichtum und zu energischen Farbkontrasten, die man in früheren Jahren in diesem Umfang nie beobachtet hat. Neulich konnte man auf einem der ersten Boulevards einen Herrn am Fenster sehen, der in roten Hosen und in einem hellgrünen Hemd gemächlich Luft schöpfte. Mit der Sommerhitze hat die Franzosen auch eine Vorliebe für einen kolonialen Anstrich überfallen. Man sieht zahlreiche Herren mit weißen Hosen und hellgelben Jacketts über die Straßen wandeln, und oft wird der Hut durch den Tropenhelm ersetzt. So gewinnen die Boulevards einen fast exotischen Anstrich, der noch erhöht wird durch die große Zahl der Herren, die im Sommer die Weite bevorzugen und mit bunten breiten Seidengürteln — in diesem Jahre wird violett bevorzugt — einherwandeln. Die Zusammenstellungen sind dabei nicht immer mit taktvoller Discretion gesucht, und oft sieht man Eleganz, die sich ein Vergnügen daraus zu machen scheinen, in ihrer Kleidung einer frisch-fröhlichen Farbensucht zu erliegen. Vor einigen Tagen tauchte auf den Boulevards ein Dandy auf, der zu dem kühngeführungen Panamahut einen schwarzen Frack, weiße Hosen, braune Stiefel und eine grüne Kravatte angelegt hatte, während einer der bekanntesten Pariser Sportsmänner am letzten Sonntag in einem der fashionabelsten Sportklubs in einem leichten blauen Rock erschien, der an den Rändern mit breiten, weißseidenen Borten eingefasst war. Die Toilette wurde vervollständigt durch graue Hosen und braune Stiefel. Unerwünscht scheint die Phantasie der Strohhutfabrikanten im Erfinden neuer Formen; das einfache schwarze Seidenband von ehemals ist völlig in Ungnade gefallen, und an seiner Statt sieht man jetzt Gutfäden, die von dem dunkelsten Violett bis zum hellsten Gelb oder Rosa in allen Farben des Regenbogens spielen. Aber am freiesten tummelt der französische Elegant seine Phantasie in der Auswahl der Westen. Besonders bevorzugt ist jetzt ein mattes Raubengrau, aber daneben kann man die leuchtendsten Farben erblicken. Neuerdings werden auch Westen aus Krotobilleder getragen. Bei dem letzten Rennen erregte ein in der Pariser Gesellschaft bekannter Herr der Jeunesse dorée begeistertes Aufsehen durch die Kühnheit seiner Toilette: er trug eine weiße Seidenweste mit einem grünen Hemd, rote Kravatte und dazu braune Schuhe . . .

* Wie eine magnetische Uhr geheilt wird. Eine große Frage innerhalb der Medizin bildet der Magnetismus bei dem Schiffsbau, da es sich darum handelt, den Magnetismus der Schiffswände seines Einflusses auf den Kompaß, diesen unentbehrlichsten Wegweiser durch den Ozean, zu berauben. Er vollführt aber auch kleinere Spitzbübenstreiche. So kann man ein sehr unangenehmes Erlebnis mit seiner Taschenuhr haben, wenn man sie einmal aus Unachtsamkeit einem starken Magneten zu nahe bringt, was namentlich bei Beschäftigung in einem elektrotechnischen Betrieb leicht geschehen kann. Im magnetischen Zustand ist eine Uhr selbstverständlich unbrauchbar, und man muß daher versuchen, sie zu entmagnetisieren. Das ist aber leichter gesagt als getan. Ein Ungar mit dem Namen oder Pseudonym Mimese aus Piume hat in der Wochenschrift „English Mechanic“ eine einfache Anweisung zum Entmagnetisieren einer Taschenuhr gegeben. Man hänge sie an einem Stück weichen Bindfadens auf und drehe den Faden zwischen zwei Fingern möglichst lange um seine Achse. Mit dem anderen Ende soll der Faden in einer Ent-

fernung von etwa einem Meter von den magnetischen Helmen eines Motors aufgehängt werden. Nun lasse man die Uhr los, worauf der Faden natürlich sich aufdreht und auch die Taschenuhr in eine immer schneller werdende drehende Bewegung versetzt. Gleichzeitig lasse man das Ganze wie einen Pendel in der Richtung auf den Motor ab und zu schwingen, so daß die Uhr sich diesem bis auf einen Abstand von ungefähr 8 Zentimetern nähert. Diese Operation wird zwei- bis dreimal an jedem Pole des Motors wiederholt, und dann ist die Uhr „geheilt“; so wird wenigstens behauptet. Ein Elektriker, der durch einen Elektromotor diesen Schaden an seinem Chronometer erlitten hat, hat also gleich das Mittel zur Hand, den Schaden wieder zu kurieren.

Vereins-Kalender.

- Sozialdemokratischer Verein Magdeburg.** Bezirk Neue Neustadt: Die Bezirksversammlung für Frauen findet Donnerstag den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Koppke, Fabrikstraße 5/6, statt. —
- Gewerkschaftskartell Magdeburg.** Donnerstag den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr. Sitzung bei Kuchefeld. 1584
- Neue Neustädter Arbeiter-Gesangverein.** Übungsstunden: Am Mittwoch Männerchor, am Donnerstag Frauenchor. 1584
- Arbeiter-Gesangverein Budau.** Mittwoch Übungsstunde beider Chöre bei Stiller in Fernerzleben. Am Samstag abends 8 1/2 Uhr von der Volksschule in der Feldstraße. Freitag Übungsstunde des Männerchors. 1584
- Arb.-Radfahrerbund Solidarität Magdeburg.** Vereinsabende: Abt. Wilhelmstadt („Ruisenpark“) Mittwoch; Abt. Budau („Thalia“) Mittwoch; Abt. Sudenburg („Berliner Bierhalle“) Donnerstag; Abt. Neue Neustadt („Weißer Hirsch“) Freitag; Abt. Alte Neustadt („Krone“) Mittwoch; Abt. Altstadt („Sachsenhof“) Freitag; Abt. Biederitz (Vokal d. Familienvereins) Mittwoch; Abt. Köpenicker (Hermanns Vokal) Donnerstag. 1226
- Am Sonntag den 20. Juni Vereinsstour nach Gegin (Gasthof zu den drei Kronen). Treffpunkt früh 6 1/2 Uhr Ende Sudenburg. 1582
- Arbeiter-Radfahrerverein Kreis Wangleben.** Vereinsabende: Groß-Dittersleben Montags und Donnerstags bei Strumpf; Fernerzleben Mittwochs bei Stiller; Salbte-Westerhagen Donnerstags; Hohendobelen Salbte-Sohlau u. Ung. Sonnabends bei Müller in Sohlen; Klein-Dittersleben Donnerstags bei Schäge; Gr.-Fernerzleben Dienstags und Freitags bei Schöns; Lemsdorf Dienstags bei Esch; Benneddenbeck Donnerstags bei Hoppe; Diesdorf Donnerstags bei Hildebrandt. 1592
- Klein-Dittersleben.** Sozialdemokratischer Verein. Sonnabend den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Schäge. 1583
- Burg.** Sozialdemokratischer Verein. Donnerstag den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Hohenzollernpark“. 1583
- Burg.** Gewerkschaftskartell. Jeden Freitag nach dem 15. des Monats Versammlung bei Jesse. 880
- Burg.** Freie Sängerschaft. Übungsstunden: Jeden Mittwoch abends 8 1/2 Uhr Männerchor, jeden Donnerstag abends 8 1/2 Uhr Damenchor bei Eide. 1596
- Burg.** Musikverein Lura. Jeden Donnerstag von 8 bis 10 Uhr Übungsstunde „Für unsere Kinder“. 1541
- Palberstadt.** Sozialdemokratischer Verein (Frauen-Abteilung). Donnerstag den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei W. Bollmann. 1579
- Palberstadt.** Gewerkschaftskartell. Donnerstag den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung im Gewerkschaftshaus. 1579

Wasserstände.

| | | + bedeutet über. — unter Null. | | Sal. Grad | |
|---------------------------|-----------------|--------------------------------|------|-----------|---|
| | | Zier, Eger und Moldau. | | Sal. Grad | |
| | | 13. Juni | | 13. Juni | |
| Dam | — 0.37 | — 0.37 | — | — | — |
| Rudweis | + 0.18 | + 0.08 | 0.10 | — | — |
| Prag | — | — | — | — | — |
| Instrat und Saale. | | | | | |
| Straßfurt | 13. Juni + 1.05 | 14. Juni + 1.05 | — | — | — |
| Weißfels Unt. | — 0.06 | — 0.08 | 0.02 | — | — |
| Zeitz | + 1.42 | + 1.62 | — | 0.20 | — |
| Ustleben | + 1.00 | — | — | — | — |
| Beruburg | + 0.72 | + 0.75 | — | 0.03 | — |
| Kalbe Oberpegel | + 1.54 | + 1.48 | 0.06 | — | — |
| Kalbe Unterpegel | + 0.38 | + 0.34 | 0.04 | — | — |
| Mulde. | | | | | |
| Deßau, Muldenbr. | 13. Juni — 0.18 | 14. Juni — 0.14 | — | 0.04 | — |
| Elbe. | | | | | |
| Pardubitz | 11. Juni — 0.10 | 12. Juni + 0.18 | — | 0.28 | — |
| Brandeis | — | — | — | — | — |
| Melitz | + 0.53 | + 0.43 | 0.10 | — | — |
| Leitmeritz | — 0.20 | — 0.13 | — | 0.07 | — |
| Kauzig | + 0.11 | + 0.15 | — | 0.04 | — |
| Dresden | — 1.25 | — 1.34 | 0.09 | — | — |
| Torgau | + 0.99 | + 0.72 | 0.18 | — | — |
| Wittenberg | + 1.85 | + 1.72 | 0.13 | — | — |
| Hoyerswerda | + 1.18 | + 1.14 | 0.04 | — | — |
| Barby | + 1.32 | + 1.20 | 0.02 | — | — |
| Schönebeck | — | — | — | — | — |
| Magdeburg | 14. + 1.22 | 15. + 1.04 | 0.18 | — | — |
| Langermünde | 13. + 1.36 | 14. + 1.58 | — | 0.22 | — |
| Wittenberge | + 1.07 | + 1.18 | — | 0.11 | — |
| Broda-Dömitz | + 0.48 | + 0.51 | — | 0.03 | — |
| Launburg | + 0.83 | + 0.66 | — | 0.03 | — |

Gewerkschaftskartell Magdeburg.

Am Donnerstag den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Kuchefeld, Knochenhauerufer 27 5296

Sitzung.

- Tagesordnung:
- 1) Mitteilungen.
 - 2) Die neuen Bestimmungen der Magdeburger Bauvorschriften in Bezug auf Banarbeiterschutz.
 - 3) Antrag der Arbeiter-Samariter-Kolonie auf Unterstützung.
 - 4) Verschiedenes.
- Es ladet ein Der Kartellvorstand.

Burg. 5334 Burg.

Sozialdemokratischer Verein.

Donnerstag den 17. Juni 1909, abends 8 1/2 Uhr im „Hohenzollernpark“

Mitglieder-Versammlung.

- Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen R. Schöhardt.
 2. Stellungnahme zur Generalversammlung.
 3. Vereinsangelegenheit und Verschiedenes.
- Genossen und Genossinnen! Da die Tagesordnung eine sehr wichtige ist, erwarten wir ein pünktliches und zahlreiches Erscheinen.
- Der Vorstand.**

Das Ministerium Clemenceau befragt.

Paris, 15. Juni. (Deputiertenkammer.) Der frühere Kriegsminister Berleau brachte einen Antrag ein, durch welchen die Regierung aufgefordert wird, vor dem Senat die Vorlage der Eisenbahngesetzgebung des Senats bezüglich der Eisenbahnen zu unterbreiten.

SpB. Berlin, 15. Juni. (Eig. Drahtber. d. Volkst.) Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags beschloß heute, eine Interpellation über die steigenden Preise für Brotgetreide und Futtermittel im Reichstag einzubringen.

Berlin, 15. Juni. Die neuen Ersatzsteuern der Regierung sollen im ganzen 140 Millionen Mark abwerfen. Näml. 55 die Erbschaftsteuer, 35 Mill. die Feuerversicherungssteuern, 10 Mill. Effektensteuer, 20 Mill. Schenk- und Wechselsteuer und 20 Mill. Umsatzsteuer auf Grundstücke.

SpB. Berlin, 15. Juni. (Eig. Drahtber. d. Volkst.) Der Bezirksausschuß hat die Wahl des Abgeordneten Mugdan zum Stadtverordneten für Berlin für ungültig erklärt.

SpB. Kiel, 15. Juni. An den gestrigen Kundgebungen nahmen 8000 Personen teil. Die Polizei ließ wieder mit blauer Waffe drein. Zwei Beamte des Gemeindefreiwirtschaftsverbandes versuchten beim Oberbürgermeister zu vermitteln.

Kiel, 15. Juni. Von der Arbeiterschaft Kiels wurden gestern Abend drei Versammlungen abgehalten, in denen der Streik der Arbeiter der städtischen Reinigungsanstalten behandelt und den Streikenden die Sympathie der Anwesenden ausgesprochen wurde.

Karlsbad (Böhmen), 15. Juni. In Altroslau fanden in einer Versammlung blutige Zusammenstöße zwischen Sozialdemokraten und Deutsch-Nationalen statt.

Köln, 15. Juni. Die Ärzte des Regierungs-Verkehrsamt sind der Meinung, daß die Verhütung der Cholera durch die Anwesenheit von Desinfektionsmitteln in den öffentlichen Verkehrsmitteln eine wichtige Aufgabe ist.

Br. Eriev, 15. Juni. Der Vorprozess gegen den Keniafahrer Dreuer wird am 5. Juli vor dem hiesigen Schwurgericht von neuem verhandelt werden.

Hd. Mainz, 15. Juni. Der 58jährige Schneider Anton Kraus aus Gadsheim in Unterfranken, der am 1. April d. J. seine Frau, die 61jährige Witwe Fischer, erschlug und die Leiche zerstückelt und verbrannt hatte, wurde vom Schwurgericht wegen Totschlags zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

W. Hanau, 15. Juni. Der wegen Ermordung des Gendarmen-Wachmeisters Schent am Freitag zum Tode verurteilte Stellmacher Bismarck wurde heute morgen durch den Schwurgerichtspräsidenten aus Magdeburg hingerichtet.

Hd. London, 15. Juni. Die Regierung beschloß, den Polizisten einen wöchentlichen Ruhestag zu gewähren.

Hd. Paris, 15. Juni. Der hiesige Gemeinderat bewilligte 100000 Francs für die Opfer der Erdbebekatastrophe in Südfrankreich.

Hd. Wien, 15. Juni. Der Wettersturz hat ungeschwächt an. Der Sturm hat sich zwar etwas gelegt, dafür regnet es aber seit gestern Abend ununterbrochen.

W. Rio de Janeiro, 15. Juni. Das Ministerium und der Chef der Polizei haben ihre Entlassung eingereicht.

Rosantoniopel, 15. Juni. In der letzten Parlaments-sitzung kam es zu sehr tumultuösen Szenen. Der Abgeordnete Nuphah hatte die Einführung der europäischen Stundenrechnung beantragt.

SpB. Berlin, 15. Juni. (Eig. Drahtber. d. Volkst.) Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags beschloß heute, eine Interpellation über die steigenden Preise für Brotgetreide und Futtermittel im Reichstag einzubringen.

Briefkasten.

Allen: Nein, nur Drucker.

Wettervorhersage.

Mittwoch, 16. Juni: Gemüht, leicht, Regen, böig.

In einer Versammlung des Allgemeinen Hausbesitzervereins, die dieser Tage unter dem Vorsitz des Baumeisters Böcher stattfand, sprach unter andern auch der Bädermeister Pechner über die Gefahren, die den Hausbesitzern und den Bädern durch die neue Bäderverordnung drohen.

Zur Tarifbewegung der Klempner. Die Magdeburger Klempner-Zunft hat unter dem 6. Juni an den Gesellenausschuß eine Zuschrift gerichtet, in welcher sie erklärt, daß die dem letzten Versammlungsberechtigten hervorgegangenen Abänderungsvorschläge für die Zunftversammlung Gegenstand eingehender Beratung gewesen seien.

Ein Rohheitsakt. Der Monteur Friedrich Siebert in Sudeburg, Halberstädter Straße 117 wohnhaft, besand sich am Montag nachmittag in Magdeburg am Brücktor in einem Restaurant.

Unfälle. Die Witwe Johanne Nuhmann, Leipziger Straße 10 wohnhaft, fiel am Montag nachmittag in der Halberstädter Straße am Justizpalast beim Ueberqueren der Eisenbahnbrücke zur Erde.

Von der Treppe gefallen. Die Verkäuferin Gertrud Stieger fiel am Dienstag vormittag im Geschäft von Sperling u. Ko. in der Kaiserstraße von einer Treppe und zog sich dabei einen Schlüsselbeinbruch zu.

Abgestürzt. Der Klempner Herbert Busch, Molkenstraße 36 wohnhaft, stürzte am Dienstag gegen Mittag auf einem Neubau in der Oststraße etwa 8 Meter hoch herab und zog sich innere Verletzungen zu.

Ein merkwürdiger Unfall, bei dem ein Pferd das Leben lassen mußte, ereignete sich am Dienstag vormittag auf der Magistrate vor dem Kohlenstülp der Firma Schulze u. Ko. Von einem dort neben den Gleisen haltenden Fuhrwerk aus stürzte ein Pferd, in dem Augenblick, als eine kleine Rangiermaschine vorüberfuhr, mit beiden Hinterfüßen in das Gefährte der Maschine.

Einem Betrüger ist am Montag ein Schiffer aus Neu-Dorben hier in die Hände gefallen. Es kam zu ihm auf seinen hier vor Anker liegenden Kahn ein junger Mann und fragte nach einem dem Schiffer bekannten Steuermann.

Gestohlen wurde am 13. d. M., vormittags, aus einem Grundstück am Edithpark ein alteses Fahrrad „Wilder“ mit schwarzem Rahmen, ebenfalls gelben und schwarz lackierter etwas nach oben gebogener Lenkstange.

Festgenommen wurde der Bauarbeiter Ernst H. von hier wegen Diebstahls. Er ist gestern vormittag in mehreren Wohnungen in der Pfaffenstraße gewesen und suchte angeblich ein möbliertes Zimmer zu mieten.

Ein Feuerbrand, der sich schon seit längerer Zeit bemerkbar gemacht hatte, kam in der Nacht zum Dienstag im Hintergebäude des Grundstücks Pfaffenstraße 56 zum Durchbruch.

Konzerte, Theater, Sport etc.

Victoria-Theater. Aus dem Bureau des Victoria-Theaters wird uns geschrieben: Am Donnerstag beginnt Herr Dr. Heinz Seeger sein auf mehrere Abende berechnetes Gastspiel in der Rolle des Jocko von Neulingen in dem Hofoper-Trochajen Lustspiel „Der wilde Reulingen“.

Allgemeine Ortskrankenkasse.

Table with 2 columns: Mitgliederbestand am 12. Juni and Krankenbestand am 12. Juni. Rows include männliche, weibliche, and zusammen totals for both categories.

Begründung eines Genossen hingewiesen und auch ihrerseits zum Austritt aus der Landeskirche aufgefordert. Unter Punkt „Berichtigung“ macht Genosse Bette auf die Haltung der Regierung betreffs der Finanzreform und ihre Folgen aufmerksam.

Stenerzahler! Es sei an dieser Stelle nochmals auf die Bergkündigung des Gesetzes vom 26. Mai 1909 hingewiesen, welches allen Steuerzahlern gestattet, auf Grund der Kinderzahl Ermäßigung des Steuerfußes zu beantragen.

Kanalisationen und Pflasterungen. Der Magistrat hält es für wünschenswert, auch den noch unbefestigten nördlichen Teil der Mittelstraße bis zur Steinlöhnenstraße auszubauen.

Prüfungen der städtischen Bureau- und Kassenbeamten. Zur Erzielung eines besser vorgebildeten Nachwuchses für den städtischen Bureau- und Kassendienst hat der Magistrat beschlossen, die Beförderung der wichtigeren Stellen von der Ablegung von Prüfungen abhängig zu machen.

Mehr Offiziere im Gemeinbedienst. Unter Militarismus weiß nicht mehr, wozu mit der großen Zahl verabschiedeter Offiziere. Täglich werden neue Vorschläge in den bürgerlichen Zeitungen gemacht, diesem „Mißstand“ abzuhelfen und „berühmten“ Herren, die aus allerlei Gründen von dem Staatsdienst „befreit“ werden mußten, auch ein „Ruhegemäße“ Unterkommen zu sichern.

Herr Kobelt und die neue Bäderverordnung. Es gibt so leicht kein Gewerbe, dessen Vertreter sich so beharrlich gegen den allgemeinen Fortschritt hüten, wie das Bädergewerbe. Von dem Zeitpunkt an, als durch Bundesratsverordnung den Herren die ausschließliche Ausbeutung der Arbeitskräfte etwas beschönigt wurde, ließen die ehrbaren und frunden Bädermeister Sturm, um die Bestimmungen der angelegentlich die Inhaber der Bäder in schwer schädigenden Verordnungen wieder zu Falle zu bringen.

Herr Kobelt und die neue Bäderverordnung. Es gibt so leicht kein Gewerbe, dessen Vertreter sich so beharrlich gegen den allgemeinen Fortschritt hüten, wie das Bädergewerbe.

Enorm billige Kurzwaren

Soweit Vorrat — Nur Einzelverkauf

Nähseide Kreuzwidel, 30-Meter-Rolle jetzt 2 Rollen **1 Pf.**

Samtrockstoß schön geschnitten, ca. 6 Meter breit, jetzt Meter **20 Pf.**

Schweißblätter Tritot, gezakt, jetzt Paar **3 Pf.**

Zaillenverschlüsse

„Else“ jetzt Paar **1 Pf.**
 „Imperial“ Fischbeinlage, jetzt Paar **9 Pf.**

Maschinengarne

Ackermann Obergarn, 1000-Yard-Rolle . . . **20 Pf.**

Ackermann Untergarn, 1000-Yard-Rolle . . . **10 Pf.**

Ackermann 200-Yard-Rolle . . . **3 Pf.**

Ackermann 80-Yard-Rolle . . . **1 Pf.**

Ackermann couleur, 200-Yard-Rolle . . . **3 Pf.**

Krügenstützenstäbe

doppelt, 5, 6, 7, 8 cm hoch jetzt Dutzend **2 Pf.**

Druckknöpfe

garantiert rostfrei. jetzt Dutzend **4 Pf.**

Haken und Augen

schwarz jetzt Paket **1 Pf.**

verfilbert jetzt Paket **4 Pf.**

Fischbein blond

| | | | | | | |
|----|----|----|----|----|----|-------|
| 16 | 18 | 20 | 22 | 24 | 26 | 28 cm |
| 4 | 6 | 8 | 9 | 10 | 13 | 16 |

Pf. pro Dutzend

Gebr. Barasch

Trauerhüte

5138 grosse Auswahl in allen Preislagen.

Bazar-Magdeburg

Jacob- u. Peterstr. - Ecke Sbg., Halberstädter Str. 119
 Budau, Thiemstr. 1
 Neustadt, Lübecker Straße
 Wilhelmstr., Gr. Dörsdorferstr. 29
 Gr. Ottersleben, Breite Str. 5.

Küchenschrank 15 Mk., Kommode 8 Mk., Tisch 5 Mk., Plüschsofa 25 Mk., Kleiderschrank 15 Mk., Garderobenschrank 25 Mk. 5338
 Heier, Dörsdorfer Str. 21.

Millionenfach erprobt

Gemahlene Sparsaife

Salomba

mit Terpentinsäure und Benzolzusatz
 Riesige Waschkraft
 Schneeweisse Wäsche
 Chlorfrei, Garantiert unbeschädigt
 Unübertroffen 1 Pfund nur 25 Pf.

Burg. Meine Besohlenstalt

bringe i. emp. Grinner. Bearbeite u r gute

Geder. A. Puhlmann, Unterm Hagen 51

Singer-Nähmaschine, tadellos nähend, i. 12 Mk. z. verkauf. Gcke
 Goldschmiedebrücke 5, vorn 12 r.

Damen 10 12 18 Mk.
 Dreieckelstraße 10, pt. 5152

Plüschsofa 35 Mk., Kleiderschrank, Bertico
 Beinhorn, 2415
 Schmiedter Straße 21, I.

Jeden Mittwoch 5140
 Frische Würst!

A. Weber Nachf., Schneefit. 9.

4546

Dixin

Verbessertes in Gebrauch billigstes Seifenpulver.

Endeichert beständig das Waschen und ist ohne Zusatz von Seife und Soda an geruchlos. Ueberall erhältlich. Paket 25 Pfg. Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf.

Wie neu

Fahrrad mit Torp.-Freilauf zu vert. Annastr. 22, vorn 2 r. I. R. Dedlow, Schneefit. 9.

Wer neue Kräfte braucht

trinke das altberühmte Köstritzer Schwarzbier. Es ist ärztlich anerkannt als ausgezeichnetes Nahrungs- und Genussmittel, das dem Körper neue Kräfte zugeführt und Abgearbeiteten, Kranken, Schwachen, Wöchnerinnen, stillenden Müttern und Genesenden ausgezeichnete Dienste tut. Krankenkassen verwenden es an Stelle von Milch. Seine Billigkeit und sein geringer Alkoholgehalt machen es zum unentbehrlichen Hausrunk. Beim Einkauf Vorsicht! Es gibt geringwertige Nachahmungen. Echt nur mit Brauerei-Etikette. — Generalvertreter für Regierungsbezirk Magdeburg: Mahlow & Bichtemann, Telephon 3060. Ausschank: „Triumph-Automat“, Ulrichstrasse. Verkaufsstellen durch Plakat kenntlich.

Billig! Schuhwaren

Schmidtstr. 44 Herren-, Damen-, Kinderschuhe u. -stiefel in Chevreau, Box calf und andern Sorten Leder, Plüschsocken und -pantoffeln, auch aus Konkursmassen stammende Waren billig nur **44 Schmidtstrasse 44**

Kaufe fortwährend Kanarienvogel

für alte bezahlte à 3.50 b. 10 Mk., junge à 2.50 Mk., Weibchen à 50—60 Pf.

J. Tischler, Annastraße 25.

Neues Fahrrad, mit Freilauf und Hinterradbremse, leichter Gang, spottbillig verfertigt. 5069 Goldschmiedebrücke 5, I. Goeke.



Elfenbein-Seife

Reife „Elefant“ von Günther & Haussner Chemnitz-Kappel. In fast allen Material-, Drogen- und Seifen-Geschäften zu haben.

Wenig gebrauchte Nähmaschinen

zum Preise von 25—60 Mk.
 Neue Nähmaschinen aller Systeme unter Garantie in billigster Preislage.
A. Rose, Breiteweg 264 (Scharnhorstplatz).
 Ältestes seit 1865 besteh. Geschäft dies. Branche.
 Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen aller Art zu billigsten Preisen. 5127

Alle Schuhwaren

kaufen Sie billig in jeder Preislage
 Rindleder-Knaben-Stiefel Nr. 31—35 **3.50 Mk.**
J. Aderholz, Schuhgeschäft, Kaiserstr. 101

5116

Kleiderstoffe, Kostümmstoffe, Woll- und Baumwoll-Nusselene, Weibwaren, solange der Vorrat reicht, außerst billig wegen Geschäftsausschluss.
Outfit-Abell-Str. 29, pt.
 Eingang im Hauptstr. links.

Otto Lehmann Halberstädter Str. 112

Spezialgeschäft für Wäsche empfiehlt doppelt gereinigte Bettfedern und Dannen sowie fertige Ketten
Bettfedern-Reinigungsanstalt.
 Schulartitel empfiehlt die Buchhandlg. Volksstimme

In der ganzen Welt verbreitet und beliebt als bestes Metallputzmittel ist

Sidol

Trotz grosser Konkurrenz steigt der Umsatz permanent enorm und steht nach wie vor unerreicht da; bester Beweis, dass „Sidol“ allen andern Putzmitteln vorgezogen wird. 5299

Flasche à 10 Pf., à 15 Pf., à 30 Pf., à 50 Pf., à 100 Pf.

Alleinige Fabrikanten: Siegel & Co., Köln. Filialfabriken in: Berlin, Wien, Mailand, Paris, Brüssel, London.
 Generalvertrieb:

Raschke & Giesemann, Magdeburg, Kaiserstr. 75.
 Fernruf 4517.

Leih-Haus

König Michaels
 Apfelstraße 16, I.
 (Gegr. 1881) 5129
 Höchst-Belehnung
 jeder Wertsache.
 Strengste Verschwiegenheit.

G. Gehse

Johannisfahrtstr. 14
 neb. d. Wilhelm-Theater
Neustadt
 Lübecker Str. 14
Fermersleben
 5170

Knaben-Anzüge

Auswahl nach Tausenden
 Mousontassons, Jopentassons
Schul-Anzüge
 Manchester-Samte in 52 Farben